

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235.

Montag, den 7. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Lage auf der Balkanhalbinsel und die Großmächte.

Werden die Flinten losgehen? Zur Stunde, wo wir dieses schreiben, geht das Rätselraten noch lustig vor sich. Aber gerade, daß dieser sonderbare Zustand eintreten konnte, ist geeignet, die Lage auf der Balkanhalbinsel und die Konsequenzen, die sich daraus für Europa ergeben, recht ernst erscheinen zu lassen. Der Bund der vier Staaten, Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro besteht schon lange. Die Ursache zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Türkei war gegeben seit dem Moment, in dem die türkische Regierung den Albanern Zusagen in bezug auf eine Autonomie machte, denn nun entstand die Gefahr, daß serbische, bulgarische und griechische Volksplitter den Albanern ausgeliefert werden. Wollten also die vier Staaten dem vorbeugen und die Türkei mit Krieg überziehen, dann muß man sich wundern, daß sie es nicht bereits vor Wochen getan. Denn es liegt jedenfalls auf der Hand, daß sie auf einen sicheren Erfolg um so eher rechnen konnten, je plötzlicher sie angriffen, die Türkei überrumpelten, ihr nicht Zeit ließen, ihre Truppen, die in der Hauptsache in Kleinasien stationiert sind, nach Europa zu bringen. Einen Kriegsvorwand zu finden, wäre jedenfalls eine Kleinigkeit gewesen und das Beispiel Italiens lehrt von neuem, daß Regierungen sich bei erstem Willen zum Kriege mit derartigen Kleinigkeiten nicht aufhalten.

Warum es anders kommt, warum die sonderbare Situation entstehen konnte, daß der Krieg durch weitläufige Formalitäten eingeleitet wird, darüber können wohl nur die Diplomaten der europäischen Großmächte Auskunft geben, deren Spielball die unglücklichen Völker des Balkans sind. Das Interesse, das diese Mächte an einer solchen Situation haben, ist leicht erklärlich gerade bei der gegenwärtigen politischen Gruppierung. Rußland und England haben vor allem ein Interesse daran, die Türkei als Staat aufs äußerste zu schwächen. Nachdem man sich über Persien geeinigt, kommt es darauf an, den Bissen auch in Ruhe zu verdauen und dabei könnte Rußland sehr gut eine „Abrundung seiner Grenzen“ nicht nur auf Kosten Persiens, sondern auch der Türkei brauchen. England hat seine Pläne in bezug auf die Bahnbauten in Kleinasien und Mesopotamien, die den Weg nach Indien offenhalten sollen, nicht aufgegeben. Wird die Türkei geschwächt und an die Wand gedrückt, dann wird sie allen derartigen Plänen keinen Widerstand leisten können. Dagegen ist eine Erstarkung der vier Kleinstaaten des Balkans weder Rußland noch England irgendwie unwillkommen. Entgegengelegte Interessen bestehen für Deutschland und Österreich. Das letzte wird seines neuesten Raubes, der Herzegowina, nicht sicher sein können, wenn Serbien erstarkt und die Möglichkeit erhält, seine Volkskräfte zu entwickeln. Außerdem haben sowohl Österreich als Ungarn an ihren Südgrenzen eine zahlreiche slavische Bevölkerung, die sich zu Serbien und Bulgarien hingezogen fühlt. Diese Staaten in Schach zu halten, sie in befähigten Konflikten mit einer starken türkischen Staatsmacht sich aufreiben zu lassen, liegt im Interesse der Wiener Regierung. Deutschland hat sich in der Türkei stark engagiert, indem unter Ausmunterung der deutschen Regierung deutsches Kapital in Kleinasien angelegt wurde. Die Interessen des deutschen Kapitalismus sind aufs äußerste bedroht, wenn die Türkei in einem Kriege niedergeworfen und damit gleichzeitig wirtschaftlich ruiniert wird. In diesem Gegensatz der Interessen zwischen England und Rußland einerseits, Deutschland und Österreich andererseits, liegt jedenfalls der Schlüssel der Situation. Dagegen ist die Haltung der „dritten Mächte“ in jeder Partei geteilt. Für Frankreich stehen, ähnlich wie für Deutschland, große Kapitalwerte auf dem Spiel, weil französische Kapitalisten die Hauptgläubiger des türkischen Staates sind. Aber auf der anderen Seite hat das Vordringen des deutschen Kapitals in Kleinasien den Franzosen das Geschäft verdorben und eine stark geschwächte, den Einflüssen Englands, Rußlands und Frankreichs ausgelieferte Türkei kann aus diesem Grunde den französischen Kapitalisten nicht unwillkommen sein. Die Schuldschulden aber sind nicht besonders gefährdet, wenn Teile türkischen Gebietes abgetrennt und entsprechende Quoten der Schuld den Eroberern aufgebürdet werden. Italien hat vor allem ein dringendes Interesse daran, seinen Raub in Afrika zu sichern, was um so eher oerwirklicht wird, je größer die Schwierigkeiten der Türkei sind. Aber auf der anderen Seite bedeutet ein Machtzuwachs Frankreichs und Englands im Orient einen Nachteil für das Mitglied des Dreibundes.

Hält man sich das vor Augen, so kann man sich ein annäherndes Bild von dem diplomatischen Intrigenpiel

machen, das im Gange ist. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß das Bündnis zwischen Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro unter freundlicher Hilfe der russischen Diplomaten geboren wurde. Österreich versuchte einen Gegenzug, indem es sich der Forderungen der Serben und Bulgaren nach Autonomie für ihre Stammesgenossen annahm, indem es der türkischen Regierung den freundlichen Rat erteilte, eine Politik der Dezentralisation einzuschlagen. Dieser Zug wurde paralytisiert, indem Rußland und England die vier Verbündeten aufmarschieren ließen, jedenfalls nicht rechtzeitig ihre Kriegsgelüste zügeln. Für sie steht freilich vieles auf dem Spiel, für die Hintermänner gar nichts. Bleiben die vier Kleinstaaten Sieger, wird die Türkei niedergeworfen, dann ist es an der Zeit, das Erbe anzutreten; sollte die Türkei sich wider Erwarten widerstandsfähig erweisen, dann wird sie jedenfalls durch einen solchen Abbruch so stark geschwächt, daß die Mächte der Tripelallianz ihr die Bedingungen diktieren. Damit aber Österreich, für das eine solche Lösung die größte Gefahr bedeutet, weiß, woran es ist, wird die „harmlose“ Mobilisation der russischen Truppen in Szene gesetzt.

Freilich ist der Krieg nicht unbedingt notwendig zur Erreichung dieses Zieles. Es genügt, wenn die Mobilisierung auf der Balkanhalbinsel die erwünschte Gelegenheit schafft, um zu „intervenieren“ und dabei der Türkei den Daumen aufs Auge zu drücken. Aber freilich: die Kugel in den Lauf zu legen ist leichter, als sie zurückzuhalten und es ist fraglich, ob die Diplomaten noch imstande sind, zu verhindern, daß aus dem Intrigenpiel blutiges Morde wird, selbst wenn sie es aufrichtig wollen.

Ist aber die Lage so, haben die Mächte diese Situation im eigenen Interesse herbeigeführt, dann sind die Folgen unabsehbar. Der Krieg auf der Balkanhalbinsel ist dann nur eine Episode in dem Ringen zwischen Dreibund und Tripelallianz; er wird den Gegenlag noch verschärfen und kann die Katastrophe eines Weltkrieges herbeiführen. Aber selbst wenn er in letzter Stunde verhindert wird, wäre der Ausweg nur in einer gemeinsamen Aktion der Mächte zu suchen, wobei aber die „Gemeinsamkeit“ darin besteht, daß Dreibund und Tripelallianz ihre Kräfte von neuem messen und dabei sehr leicht die unveröhnlichen Gegensätze aufeinanderplagen.

Die Interessen der Völker auf der Balkanhalbinsel erfordern eine Regelung der unhaltbaren Zustände. Verschuldet hat diese Zustände die europäische Diplomatie, die auf dem Berliner Kongreß nach dem russisch-türkischen Krieg mit den nationalen Interessen dieser Völker Schindluder spielte. Setzt mißbrauchen die Diplomaten der kapitalistischen Staaten diese Zustände, um die Völker in einen Krieg zu hegen, der ihnen furchtbare Wunden schlagen muß, bei dem sie aber einzig für die kapitalistischen Interessen und die Welt Herrschaftsgelüste der Großmächte ihre Haut zu Markte tragen müssen.

Krieg oder Frieden?

Auch heute ist die Lage auf dem Balkan noch völlig unverändert. Die Großmächte versuchen, auf Österreich-Ungarn und Rußland dahin einzuwirken, daß diese beiden Staaten auf die Erhaltung des Friedens auf der Grundlage der bisherigen Besitzverhältnisse hinarbeiten. Bei beiden Staaten scheint hierfür auch Neigung vorhanden zu sein. Es ist aber mehr als fraglich, ob ein event. Vorgehen von Erfolg gekrönt sein wird. Gehen doch in der Türkei die Wogen der Kriegsbegeisterung außerordentlich hoch. Jede Vernunft scheint dort geschwunden zu sein. Angestrebte Bulgaren und Griechen werden in den Straßen beschimpft. Unter solchen Umständen sind die Friedensausichten nur geringe.

Telegraphischer Meldung aus Konstantinopel zufolge erklären die Diplomaten der Balkanländer fortgesetzt, daß kein Schritt den Krieg verhindern könne. Sie würden alle gleichzeitig Konstantinopel verlassen, sie wüßten aber noch nicht wann. Wie in der Wiener Presse verläuft, wird das Memorandum der Balkanstaaten demnächst in Konstantinopel überreicht werden. Die Beantwortung wird binnen drei Tagen verlangt.

In Rumänien ist im Ministerrat die Mobilisierung im Prinzip beschlossen worden; sie soll aber noch nicht durchgeführt werden.

An der Grenze von Montenegro soll sich ein bemerkenswerter Zwischenfall ereignet haben. Aus Foca, den 5. Oktober, wird gemeldet: Nach hier eingelaufenen Nachrichten hat ein Teil einer mazedonischen Brigade bei Nerfara, 20 Kilometer südwestlich von Plewna, den Tara-Fluß überschritten, um in den Sandjak Nodibazar einzudringen. In der Dämmerstunde schlugen sie dort ein Lager auf, wurden aber von türkischen Grenztruppen umzingelt. Es entspann sich ein Kampf, in dem mehr als hundert Montenegriner gefallen sein sollen. Mit Unterstützung des anderen Teils der Brigade gelang es, den montenegrinischen Boden wieder zu erreichen. Der

Brigadier, der auf eigene Faust gehandelt hat, wurde sofort nach Cetinje berufen. Sonnabend hörte man Kanonendonner an der Grenze.

Die Teuerung.

Die preußische Eisenbahnverwaltung hat jetzt die näheren, am 10. Oktober in Kraft tretenden Bestimmungen über die von der preußischen Regierung angekündigten Frachtermäßigungen bekannt gegeben.

Der Ausnahmetarif für frisches Fleisch bringt eine weitere Ermäßigung der Wagenladungsfrachtsätze gegenüber dem schon bestehenden Ausnahmetarif für Fleisch von frisch geschlachtetem Vieh.

Der Frachtnachlaß für Schlachtvieh sowie die besondere Ermäßigung von 20 v. H. auf die Fracht für frisches Fleisch, die für Gemeinden usw. vorgesehen ist, wird gewährt für Sendungen an Gemeindebehörden, gemeinnützige Organisationen und gewerbliche Unternehmer gegen Abgabe von Erklärungen, aus denen hervorgehen muß, daß die Sendungen in Ausübung gemeinnütziger Tätigkeit abgegeben werden an Verbraucher, Angestellte oder Fleischer zum Verkauf von Preisen, die unter behördlicher Mitwirkung festgesetzt sind.

Der Ausnahmetarif für Gerste und Mais wird für die zu Futtermitteln bestimmten auch geschroteten Sendungen sogleich bei der Abfertigung gewährt, wenn der Frachtbrief in der Inhaltsangabe den Zusatz enthält: „Zum Verbrauch als Futtermittel im Inlande. Den Frachtunterschied gegenüber der gewöhnlichen Fracht erhält der Verbraucher“. Unerlässlich muß die Frachtermäßigung im Erstattungswege beantragt werden. Die Frachtberechnung erfolgt zu den Frachten des Spezialtarifes III (10 t) und des Spezialtarifes II (5 t).

Über die Höhe der ermäßigten Frachten, die sonstigen Anwendungsbedingungen, insbesondere über den Wortlaut der abzugebenden Erklärungen erteilt das Verkehrsbureau der Handelskammer zu Berlin, Universitätsstraße 3 b, Auskunft.

Die braunschweigische Staatsregierung hat ihren Bevollmächtigten beauftragt, im Bundesrate für alle Maßnahmen einzutreten, die eine Linderung der Fleischteuerung herbeizuführen imstande sind. Weiter wird sich die braunschweigische Regierung beim Bundesrate bemühen, daß auch für die Stadt Braunschweig die Zollermäßigung für eingeführtes ausländisches Fleisch gewährt wird.

Eine weitere Anzahl Städte und Gemeinden hat Maßnahmen gegen die Fleischteuerung getroffen. — Auch heute kommen wieder aus mehreren Städten Meldungen, nach denen die Schlachtermeister sich weigern, von den Verwaltungen eingeführtes Fleisch trotz akzeptablen Verdienstes auszuhalten und zu verkaufen. In solchen Fällen werden die Meister einfach ausgeschaltet.

Die Fleischerinnung in Breslau beschloß im Gegensatz, im voraus dem Magistrat die Übernahme des Verkaufs von argentinischem Geirierfleisch anzubieten, falls die städtische Teuerungskommission die Einfuhr von solchem oder anderem ausländischen Fleische beschließt. Allerdings hat die gegenwärtige Teuerung unter den Breslauer Fleischermeistern schon eine Anzahl Opfer gefordert. Viele Geschäfte mußten wegen zu geringen Umsatzes geschlossen werden.

In Dresden haben die Fleischermeister, nachdem drei Lieferungen dänischen Fleisches dort eingetroffen waren, auch eine Ermäßigung des Preises für deutsches Fleisch eintreten lassen, jedoch beide Sorten nunmehr gleich viel kosten. Vorher hatten sie immer wieder erklärt, sie könnten nicht heruntergehen.

Nach der preußischen Regierungsverordnung darf belgisches Fleisch jetzt in Deutschland eingeführt werden. Um der durch diese Maßnahme in Belgien bestimmt erwarteten Steigerung der Viehpreise vorzubeugen, will man jetzt argentinisches Schlachtvieh in Belgien einführen und schlachten.

Aber die Konferenz, die am Sonnabend im preußischen Ministerium des Innern stattfand, und an der auch Vertreter aller im Vorstand des preußischen Städtetages vertretenen Städte teilnahmen, wird der „Voss. Zig.“ gemeldet:

„Die fünfständigen Verhandlungen beschränkten sich im wesentlichen darauf, daß die Vertreter der einzelnen Städte über die Maßnahmen berieten, die sie zur Linderung der Fleischnot getroffen haben. Von den Städten wurde ferner energisch geltend gemacht, daß die bisherigen Regierungsmaßnahmen nicht ausreichen und die mehrfach schon mitgeteilten Wünsche der Kommunen erfüllt werden müßten. Die Debatte erstreckte sich dann darauf, was im Rahmen der von dem Staatsministerium bereits gefaßten Beschlüsse noch geschehen könnte und wie die Ausführung dieser Beschlüsse zu gestalten sei. Positives

hat die Konferenz, die nur einer Aussprache dienen sollte, vorläufig nicht ergeben. Im übrigen werden die Städte (wie die „Vossische Zeitung“ hört), auf dem Düsseldorf-Preussischen Städtetage sich weiter mit dieser Angelegenheit befassen.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

General Keim gegen den Kriegsminister.

In der „Täglichen Rundschau“ schlägt der Generalmajor Keim scharfe Töne gegen den Kriegsminister von Heeringen an, weil er bei der letzten Militär-Vorlage zu Bescheiden gewesen ist. Keim behauptet weiter:

„Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß wohlunterrichtete Leute behaupten, wie bei der letzten Heeresvorlage der Reichskanzler die Initiative ergriffen hätte und nicht die Militärverwaltung. Das ist ja an sich lässlich, im übrigen auch pflichtmäßig, denn nach der Reichsverfassung steht dem Reichskanzler in letzter Instanz die Verantwortung für die militärische Sicherheit des Deutschen Reiches zu. Es würde aber hierbei doch eine Erscheinung befestigt werden, die als keine erfreuliche gelten kann, nämlich eine seit 15 Jahren erkennbare schwächliche Militärpolitik. Während dieses Zeitraumes sind die Forderungen der Militärverwaltungen niemals auf das Ganze gegangen, sondern, wie der preussische Kriegsminister vor zwei Jahren selbst sagte, man hat nur die allernötigsten Lücken zu beheben gesucht. Es darf aber für das deutsche Heer überhaupt keine Lücken geben. Dazu sind die Zeiten zu ernst und die militärische Stärke Deutschlands ist, gemessen an den Streitkräften unserer wahrhaftigen Gegner, weder organisatorisch noch numerisch eine solche, um hier eine Zauderpolitik zu treiben.“

Der Allerwärts-General versucht also jetzt, den Reichskanzler gegen den Kriegsminister auszuspielen, nachdem vorher behauptet worden war, das Reichsjustizamt habe die Forderungen des Kriegsministers beschritten. Sedenfalls ist den Kriegsministern der Kriegsminister v. Heeringen nicht so sehr genug, deshalb das eifrige Bestreben, seine Stellung zu unterminieren.

Lehrer nach dem Herzen der Ostelbier.

Unglaublich rückständige Forderungen haben die im Neuen Ostpreussischen Provinziallehrerverein organisierten Landlehrer in bezug auf die Erziehung der Kinder in den ländlichen Schulen auf ihrer Hauptversammlung in Königsberg erhoben. Der Provinzialvorsitzende erklärte, Gottesfurcht, Königs-treue und Vaterlandsliebe, das seien die drei Angelpunkte, um die sich die Arbeit des Lehrers drehen müsse. Seine Aufgabe müsse es sein, die ihm anvertrauten Kinder zur Einfachheit und zum Maßhalten in Genuß und Lebensfreude zu erziehen. Ein anderer Redner betonte, die Landschule habe die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Die Behörde müsse durch Urlaubverteilung zur Erntearbeit, durch die verschiedene Ordnung der Sommer- und Herbstferien und durch die sogenannte Sommerschule die Bedürfnisse der Landbevölkerung berücksichtigen. Eine Resolution, die angenommen worden ist, bewegt sich in diesen Gedankengängen. Ganz offen wird gefordert, der Unterricht müsse derart gestaltet sein, daß der Landflucht gesteuert werde.

Die Konventionen sind natürlich über solche eine Organisation hochentzückt, und der Bund der Landwirte hat sie auch mit Mitteln versehen, damit die Organisation erfolgreich für seine kulturwidrigen Bestrebungen Propaganda machen kann.

Die Börse und die Balkanwirren.

Infolge inniger und reger internationaler Beziehungen der Kapitalisten und Börsianer war die Börse von jeher ein guter Gradmesser für politische und wirtschaftliche Schwankungen; vor allem aber ist sie ein guter Fühler für politische Ereignisse. Die Nachricht vom Friedensschlusse zwischen Italien und der Türkei wurde von der Börse mit einer allgemeinen Aufwärtsbewegung begrüßt. Im weiteren Verlaufe bekundete jedoch die berufsmäßige Spekulation wieder mehr Zurückhaltung, da sie sich an den Balkankonflikt erinnerte, der ja durch den Friedensschlusse nicht erledigt ist. — Auf die Befürchtung einer erneuten Verdammnisperiode waren seit der Mobilisierung auch die Getreidepreise ziemlich erheblich gestiegen. Aber am Donnerstag begann eine Aufwärtsbewegung auf die besseren Friedensausichten, die sich Freitag fortsetzte. Die Preise für Weizen gingen um 2 Mk. die Tonne, für Roggen um 1/2 Mk. und für Hafer um 2 Mk. die Tonne zurück. — Hoffentlich ist dieses günstige Zeichen von Dauer.

Neue Konferenz über Sicherheitsmaßnahmen zur See.

Am 8. Oktober soll nach einer Korrespondenz im Reichsamt des Innern wieder eine Konferenz stattfinden, die sich mit einer Reihe von Fragen, zum Teil juristischer Art, die im Laufe der Erörterungen der „Titanic“-Katastrophe und auch durch die amliche englische Prüfung der Katastrophe aufgeleuchtet sind, beschäftigen wird. Die Beratungen werden als eine Vorkonferenz für die jedenfalls noch in diesem Herbst stattfindende Hauptkonferenz angesehen, auf der die endgültige Stellungnahme der Reichsregierung für die internationale Konferenz, die ebenfalls noch in diesem Jahre in London abgehalten werden dürfte, festgelegt werden soll.

Am Donnerstag fand nach derselben Quelle in Hamburg die Begründung der der Seeverkehrsministerien übermittelten Gutachten der Sachverständigenkommission durch die Arbeitervertreter statt.

Zum Schaden auch noch des Spott!

Die „Freipresse Zeitung“ berichtet noch über die Wahlversammlung, die im 1. Berliner Landtagswahlkreis stattgefunden hat, in der als Kandidat Dr. Mugdan aufgestellt wurde, während Dr. Prütz und Dr. Kaumann durchfielen. Es heißt da, daß Mugdan nach diesem Ergebnis eine Anrede hielt, in der er die Hoffnung zum Ausdruck brachte, daß es auch diesen Herren gelingen möge, ein Mandat zu erhalten und im Parlament tätig zu sein zum Nutzen der Fortschrittspartei. — Bei dem ge-

ringen Ausfichten, die die Fortschrittspartei auf Gewinnung neuer Mandate hat, wird diese „Hoffnung“ von den Betroffenen wie Hohn empfunden werden.

Zentrumsagitation auf der Kanzel.

Ungeachtet aller Gerichtsurteile fahren die ekklesiastischen Zentrumskapläne fort, auf der Kanzel Agitation für die Schwarzen zu treiben. Aus Bittelheim ist dem „Erfäßer Tageblatt“ mit dem Datum des 29. September diese von klerikaler Seite bisher nicht bestrittene Meldung zugegangen:

„Unser Pfarrer Blondé, der durch seine früheren Prozesse und seine eigenartigen Erbauungspredigten bereits weiteren Kreisen rühmlichst (!) bekannt ist, hat am gestrigen Tage, zwei Stunden vor Beginn der Bezirkswahl eine Predigt gehalten, in welcher der Liberalismus wiederum außerordentlich schlecht wegkam; nachdem Herr Blondé bereits am letzten Sonntag den „Schlamm der Liberalen und Sozialisten“ in der „Presse“ verdonnert hatte, galt seine heutige Entzündung dem Liberalismus, den Liberalen allein. Also gerühte Herr Pfarrer Blondé von der Kanzel herab zu donnern:

„Die Engel, die sich gegen Gott empört hatten, waren die ersten Liberalen und Empörer. Die Liberalen von heute sind nicht besser. Der wahre Liberalismus bedeutet den Tod der Freiheit; der wahre Liberalismus mündet in Inordnung, Tyrannei und Anarchismus, der erste Liberale war der Teufel.“

Einem Kommentar knüpfen wir an diese Auslassungen, welche wörtlich wiedergegeben sind, nicht.

Novelle zur Gewerbeordnung.

Dem Reichstag wird, wie gemeldet wird, eine Novelle zur Gewerbeordnung zugehen, in der Kautelen gegen die Auswüchse der Animierkneipen geschaffen werden sollen. Auch sollen die Kinematographen-Theater konzeptionspflichtig sein und die Neueinrichtung von solchen soll von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden.

Das neueste Reichsverbandsflugblatt

beschäftigt sich mit dem diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag. Es kommt zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie durchaus nicht gemäßigter und duldsamer geworden ist, sondern nach wie vor der Todfeind des gesamten deutschen Bürgertums bleibt. — Die alte Leiter!

Die Organisationen der Fortschrittspartei.

Der dem gegenwärtig in Mannheim tagenden fortschrittlichen Parteitag unterbreitete Geschäftsbericht macht über die fortschrittlichen Organisationen folgende Angaben:

Zurzeit zählt die Fortschrittliche Volkspartei 1452 Vereine bzw. Ortsgruppen, ferner 34 Jugendvereine, 13 Arbeitervereine und zwei Frauenvereine. In 129 Reichstagswahlkreisen bestehen Organisationen für den ganzen Wahlkreis und ebenso gibt es 16 Landtagswahlvereine bzw. -komitees. 99 Reichstagswahlkreise entbehren zurzeit noch vollständig einer Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei. Von diesen nichtorganisierten Wahlkreisen entfällt die höchste Zahl (21) auf dem Provinzialverband Rheinland-Westfalen. Se ein Wahlkreis ist nichtorganisiert in Thüringen und Schleswig-Holstein. In Mecklenburg haben sich sämtliche Wahlkreiseorganisationen der Fortschrittlichen Volkspartei angeschlossen mit Ausnahme einer einzigen. Alle Reichstagswahlkreise sind organisiert in dem Gebiete folgender Verbände: Berlin, Brandenburg, Oldenburg-Östpreußen, Baden, Hessen, Württemberg, Anhalt.“

Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei.

Nach einer am Freitag vorausgegangenen Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses und einer Vorbesprechung der Delegierten ist am Sonnabend vormittag der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Mannheim eröffnet worden. An Stelle des wegen Erkrankung nicht erschienenen Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses, Abgeordneten Fischbein, besprach Landtagsabgeordneter Fund-Franfurt bei Konstituierung des Parteitages kurz die politische Situation im Deutschen Reich, welche es der Fortschrittspartei dringend nahe lege, niemals mehr in den Zustand alter Parteizerrissenheit zurückzufallen. Die Probe darauf, daß die vereinigte Partei zusammenbleiben könne, sei glänzend bestanden. Als Vorsitzenden des Parteitages fungieren neben Fund-Franfurt Wegl-Karlsruhe und Abgeordneter Dove. Es sind über 600 Delegierte angemeldet.

Bei der Festlegung der Tagesordnung entspann sich über einen Antrag, die Frauenfrage am zweiten Verhandlungstag an erster Stelle zu beraten, eine sehr lebhafteste Debatte. Die Antragsteller befürchteten, daß, ehe die Angelegenheit zur Beratung kommt, ein großer Teil der Delegierten bereits abgereist sei. Der Geschäftsführende Ausschuss aber wollte der Frauenfrage keine Bevorzugung einräumen und schließlich wurde der Antrag abgelehnt. Den Geschäftsbericht erstattete Landdirektor Kommen-Berlin. Die Fusion der drei Linksparteien sei gut durchgeführt; sie habe gute Früchte getragen. Die Partei habe jetzt 25 angestellte Parteifunktionäre, aber dadurch sei die Parteiarbeit kostspieliger geworden, und es sei dringend notwendig, daß die Ortsvereine nicht nur für ihre Kassen sorgten, sondern auch für die Abführung von Geldern an die Zentralkasse. Die Partei habe eine glänzende Aufwärtsentwicklung durchgemacht und müsse somit auch finanziell leistungsfähiger gestaltet werden.

Harter Raumann-Berlin kritisierte als erster Dispositionsredner den Geschäftsbericht. In der Partei sei kein Mann, der organisatorisches Talent entwickele und die Organisation ausbaue. Fehler und Mängel in der Parteioorganisation seien überall im Reich zu verzeichnen. Der deutsche Osten zum Beispiel liege offen für die Fortschrittspartei, aber nichts würde getan, um dort der Partei Ausbreitung zu verschaffen. Die Statistik gebe wohl an, daß 1600 Parteivereine vorhanden seien, wiewohl Mitglieder sie haben, darüber wisse niemand etwas, weder im Parteiausschuss, noch sonst in der Partei. Die Sozialdemokratie habe demgegenüber genaue Zahlen in ihrem Mitglieder- und Finanzverhältnis.

Alle die Finanzgebarung betreffenden Anträge wurden dem Organisationsausschuss überwiesen.

Ueber die Reichstagswahlen referierte Abgeordneter Wiemer. Derselbe verteidigte das Stichwahlabkommen. Nach kurzer zupfichtender Debatte wurde einstimmig die Haltung des Vorstandes in der Wahlbewegung und damit das Stichwahlabkommen gutgeheißen.

In seinem Referat über „Wirtschaftliche Fragen“ besprach Abg. Gothein die Teuerung und forderte die sofortige Einberufung des Reichstages. Der Parteitag schloß sich dieser Forderung an.

Der Nachfolger Marschall v. Biebersteins.

Wie die „Tägliche Rundschau“ erfahren haben will, soll der derzeitige Dirigent der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Geh. Legationsrat v. Stumm zum Vosschafter in London ausersuchen sein.

Internationale diplomatische Ausstellungskonferenz.

Im Reichstagsgebäude tritt am 8. Oktober der von 14 ausländischen Staaten besetzte internationale Ausstellungskonferenz zusammen, die eine Klärung über verschiedene Fragen des Ausstellungswesens bringen soll. Die Reichsregierung will namentlich dem Ueberhandnehmen der Weltausstellungen entgegenzutreten.

Deutschland und die Balkanwirren.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Wochenrundschau: Die ruhige Auffassung, wonach Mobilisierungen auf dem Balkan nicht unmittelbar den Ausbruch des Krieges bedeuten, hat vorläufig recht behalten. Ob eine Aussicht vorhanden ist, daß es gelingen könnte, diesen Krieg ganz zu verhüten, lassen wir dahingestellt. Nachdem aber ernstliche Verhandlungen der Mächte darüber im Gange sind, den eventuellen Krieg zu lokalisieren, ist Deutschland an der Frage nur sehr indirekt interessiert und kann mit Ruhe gemeinsame Entschlüsseungen der beiden nächstbeteiligten Mächte, Österreich-Ungarn und Rußland, abwarten. Ihrem gemeinschaftlichen Vorgehen werden sich die anderen Mächte zweifellos anschließen.

Auflösung des württembergischen Landtags.

Der württembergische Landtag wurde am Sonnabend aufgelöst. Bis zur Wahl des neuen Landtags bleibt ein Ständischer Ausschuss in Funktion, in den auch die Genossen Hildbrand und Lauffer gewählt wurden. Landtagspräsident Payer, der 18 Jahre hindurch das Präsidium in Händen hatte, hat auf eine nochmalige Kandidatur zum Landtag verzichtet. Aus Anlaß seines Ausscheidens wurde er zum Geheimen Rat unter Verleihung des Erzellenztitels ernannt.

Am Freitag wurde noch eine sozialdemokratische Feuerungsinterpellation verhandelt. Im Verlaufe der Debatte lehnte Minister v. Bischof jedes Eingreifen der Regierung im Interesse der Landwirtschaft ab: Beschlossen wurde, die Revision des § 12 des Fleischbeschaugesetzes zu verlangen.

Italien.

Ueber die Friedensverhandlungen zwischen Italien und der Türkei wird noch bekannt, daß die Türkei von Italien 80 bis 100 Millionen erhält, wofür Italien die Oberhoheit über den türkischen Besitz in Afrika erhält etwa in der Weise, wie England sie in Ägypten ausübt. Der Sultan selbst erhält nur Repräsentationsrechte in Nordafrika.

Schweden.

Die Teuerung. Infolge der in letzter Zeit enorm gestiegenen Ausfuhr von Fleisch nach Deutschland aus den drei skandinavischen Ländern Dänemark, Schweden und Norwegen hat sich hier bereits ein Mangel an Fleisch auf dem einheimischen Markt bemerkbar gemacht und die Preise sind recht bedeutend in die Höhe gegangen. Besonders in Schweden ist der Mangel recht arg und man fordert die Öffnung der Grenzen für argentinisches Fleisch. Die hohen Preise, welche die Bauern durch den Export erzielen, bewirken, daß alles einigermaßen schlaachtreife Vieh an die Exporteure verkauft wird, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des eigenen Landes. Steigert sich der Export in derselben rapiden Weise wie in den letzten Wochen, dann kommen die skandinavischen Arbeiter in dieselbe traurige Lage wie die deutschen: Unterernährung infolge der Teuerung. Für die Landwirtschaft sind jetzt goldene Zeiten. Die ganze Produktion dient dem Export. Schweinefleisch, Butter und Eier gehen zu horriblen Preisen nach England, Ochsen- und Rindfleisch nach Deutschland, in den beiden letzten Jahren auch Halmfrüchte, besonders Gerste, zu Brauwecden. Für den einheimischen Markt bleibt nur wenig (und nicht die beste Qualität) übrig und zu Preisen, die den deutschen absolut nicht nachstehen. Kartoffeln sind, weil verhältnismäßig nur wenig gebaut werden, sehr teuer. Obst und Gemüse für den Arbeiter fast unbezahlbar. Auch die Fischpreise sind durchschnittlich höher als in Deutschland. Unter diesen Umständen stehen die skandinavischen Arbeiter erklärlicherweise recht skeptisch dem wachsenden Export von einheimischen Nahrungsmitteln gegenüber, um so mehr, da auf der anderen Seite das Verbot der Einfuhr argentinischen und australischen Fleisches „zum Schutze der Landwirtschaft“ bestehen bleibt. Wirklich, eine herrliche Weltordnung, in der die Armen inmitten des vom eigenen Lande erzeugten Überflusses darben müssen, weil die Besitzer des vaterländischen Grund und Bodens exporttoll geworden sind infolge des vom Ausland winkenden höheren Verdienstes.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 7. Oktober.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, in welcher der Bericht vom Parteitag in Chemnitz gegeben werden soll, findet morgen abend im Gewerkschaftshaus statt. Wir machen darauf nochmals aufmerksam.

Das Jugendheim der Lübecker Arbeitererschaft wurde gestern nachmittag seiner Bestimmung übergeben. Bereits am Sonnabend nachmittag nahmen Vertreter der Gewerkschaften und der Partei das Heim in Augenschein und

Prachen sich außerordentlich befriedigt über das Gesehene aus. Drei freundliche Räume, von denen zwei nach der Straße zu liegen, sind dazu bestimmt, als Aufenthaltsort für die jungen Leute zu dienen, die nach des Tages Last und Mühe Unterhaltung und Belehrung im Kreise gleichgesinnter Altersgenossen suchen. Ein Zimmer ist besonders als Lesezimmer eingerichtet. Gute Bücher sowie Zeitungen und Zeitschriften sind zur Befriedigung des Lesebedürfnisses vorhanden. Die Ausstattung des Heimes ist einfach, aber gebiegen und geschmackvoll. Künstlerischer Wanderschmuck hebt den anheimelnden Gesamteindruck der Räume. Von Korporationen und einzelnen Personen sind dem Jugendheim in dankenswerter Weise Zuwendungen gemacht worden, die ihm zur Zierde und zum Nutzen gereichen.

Die Einweihungsfest vereinigte gestern eine so große Anzahl Jugendlicher und Erwachsener, daß die Räume des Jugendheimes sie kaum zu fassen vermochte. In feiner Ansprache wies der Vorsitzende des Jugendausschusses, Genosse *Bromme*, darauf hin, daß es vor allem der Opferwilligkeit der Lübecker Arbeiterschaft zu danken sei, wenn jetzt der hiesigen freien Jugend ein Lokal übergeben werden könne, das in seiner ganzen Ausstattung und Einrichtung den jungen Leuten einen freundlichen Aufenthalt und mehr Bequemlichkeit und Annehmlichkeit gewähre, als manche elterliche Wohnung. An der Jugend liege es nun, sich durch Ordnungsliebe, Schonung der Einrichtungsgegenstände und tadelloses Benehmen innerhalb und außerhalb des Heimes sich das Geschaffene zu erhalten und sich die Achtung aller anständigen Menschen zu erwerben. Nach einer kurzen Skizzierung der Bestrebungen der freien Jugendbewegung schloß Redner seine sehr beifällig aufgenommenen vortrefflichen Ausführungen mit dem Wunsch, daß die freie Jugendbewegung auch in Lübeck immer weiter wachsen möge, zum Segen der Arbeiterschaft. Nachdem noch Arbeitersekretär *Ritau* - Kiel die Größe des Bezirksjugendausschusses überbracht und der Leiter des Jugendheimes einige anfeuernde Worte gesprochen hatte, hielten Gesang, Rezitationen, Gesellschaftsspiele und andere Unterhaltungen die Erschienenen einige Stunden in angenehmster Weise besammen.

Möge das Jugendheim die Erwartungen, die an seine Errichtung geknüpft worden sind, erfüllen. Das ist unser Wunsch.

Der Arbeiterbildungsverein hat in seinen diesjährigen Winterlehrplan folgende Fächer aufgenommen: Deutsche Sprache, Stenographie und gewerbliche Buchführung. Außerdem werden in einem Vortragszyklus Fragen der verschiedensten Wissensgebiete erörtert. Wir weisen auch an dieser Stelle darauf hin, daß die Kurse heute, Montag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus ihren Anfang nehmen.

Gewerbebeanmeldungen für die Monate Juli, August, September 1912. Agenten und Kommissionäre 7, Automobilfuhrwerksbesitzer 1, Automobil- und Fahrradhandl. 1, Bäcker 2, Barbier und Friseur 2, Brauereibesitzer 2, Brennmaterialienhändler 1, Briefmarkenhändler 1, Brothändler 3, Buch- und Zeitschriftenhändler 2, Butterhändler 2, Damenfriseur 1, Drogen- und Farbenhändler 16, Fabrikant 1, Fettwarenhändler 2, Feuerversicherungsagenten 2, Fleischhändler 3, Friseurinnen 6, Frucht- und Gemüsehändler 4, Fuhrwerksbesitzer 1, Gastwirte 2, Gipffigurenhändler 1, Handelsleute 10, Handlungsagenten 3, Hauptagenten 2, Hausstandswarenhandl. 1, Haus- und Hypothekendarsteller 1, Höker 5, Kaufmannen 4, Kaufleute 14, Kinematographenbesitzer 1, Kistenfabrikant 1, Kolonialwarenhändler 3, Konfitürenhändler 1, Krämer 6, Lederwaren- und Tapetenhändler 2, Leuchtdornoperateurin 1, Maler 1, Manufaktur- u. Weißwarenhandl. 1, Maschinenbauer 1, Maurer 2, Mechaniker 1, Modistinnen 1, Möbelenhändler 2, Möbelmacher 1, Papier- und Schreibmaterialienhändler 3, Photographen 3, Produktenhändler 1, Puzwarenhandl. 5, Schankwirt 18, Schlachter 4, Schneider 2, Schneiderinnen 15, Schuhmacher 6, Speditoren 2, Tabak- u. Zigarrenhändler 2, Tischler 1, Tröbler 1, Uhrmacher 1, Viehhändler 1, Wäscher 5, Weiß- u. Kurzwarenhändler 2, Zusammen 200.

Die Kurzergräber, die in letzter Zeit durch mehrere Eingefandts in hiesigen Zeitungen von einigen wohl besonders ängstlichen Gemütern in übertriebenem Maße geschürt wird, zeitigte am Sonnabend abend eine recht heitere Blüte. Zwei Damen, in der Mühlentstraße wohnhaft, kehrten abends gegen 9 Uhr von einem Spaziergange in ihre Wohnung zurück und gewahrten daselbst einige Unordnung. In dem Glauben, daß Einbrecher am Werke seien, riefen sie sofort Schutzleute herbei, die die Wohnung und das ganze Haus nach Einbrechern absuchten, ohne solche zu entdecken. Vor dem Hause hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angeammelt, die mit Spannung das Erscheinen der Schutzleute mit den Spitzhuten erwartete; aber vergeblich. Die Schutzleute mußten wieder abziehen, ohne etwas Gefangenes zu haben. Nun verbreitete sich auf der Straße das Gerücht, daß die Einbrecher über die Dächer entkommen seien, was zur Folge hatte, daß die draußen Harrenden noch stundenlang ihren Posten nicht verließen und das Haus wie ein Wunderding anstarrten. Und was war nun der Grund für die ganze Aufregung? In der Wohnung der beiden Damen hatte ein Fenster aufgefunden, wie nun die Tür geöffnet wurde, wehten durch den entstandenen Luftzug einige auf dem Tisch liegende lose Zeitungsbücher (vielleicht gerade diejenigen mit den besagten Eingefandts!) auf den Fußboden, und diese harmlosen Zeitungsbücher hatten den beiden Damen einen so heillosen Schreck eingejagt.

Saatenstand im Lübeckischen Staate Anfang des Monats Oktober 1912. Nach den Meldungen der ehrenamtlichen Berichterstatter der 16 Saatenlandsberichtsbezirke hat das Statistische Amt für Anfang Oktober folgende Saatenstandsnoten berechnet: (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering) für Kartoffeln Nr. 2,7 (Anfang September Nr. 2,7), für Alee Nr. 2,2 (2,6), für Bewässerungswiesen Nr. 2,2 (2,2), für andere Wiesen Nr. 2,1 (2,0). Infolge des im September einsetzenden günstigen Wetters hat die Getreideernte vielfach schon um die Mitte des Monats zu Ende geführt werden können. Die Kartoffeln sind nahezu eingebracht; auf besserem Boden fällt die Ernte nur mäßig aus, da viele Knollen krank sind, aber auch auf leichtem Boden läßt der Ertrag zu wünschen übrig, weil die Knollen infolge des frühen Absterbens des Krautes klein geblieben sind. (?) Red.) Die Nachmahd der Wiesen ergab gute Erträge. Die von denselben Berichterstattern ausgeführte **Voraussetzung** des **Ertrages** von Kartoffeln ergab auf 1 Hektar befallter Fläche 13 051 Kilogramm (1911 bei der endgültigen Ermittlung 13 539 Kilogramm).

Quittungskarte vor, während und nach der Militärpflichtzeit. Das am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Buch 4 der Reichsversicherungsordnung über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung enthält einige gegen früher schärfer gefaßte Bestimmungen über das Erlöschen der Anwartschaft. Die Anwartschaft erlischt, wenn nicht während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstage mindestens 20 Wochenbeiträge entrichtet sind. Die Quittungskarte muß innerhalb zweier Jahre nach dem Ausstellungstage zum Umtausch und damit zur Ausstellung einer neuen Quittungskarte eingereicht werden. Wird dies versäumt, so entstehen für den Versicherten Weiterungen, im Falle der Invalidität (dauernde Erkrankung) unter Umständen der Verlust seiner Ansprüche. Als Beitragswochen, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brau-

den, zählen auch die Zeiten, in denen der Versicherte seine Wehrpflicht erfüllt oder in denen er zu militärischen Übungen kürzerer oder längerer Dauer eingezogen ist. Es zählen aber nicht etwaige Haftstrafen, auch nicht die Dienstzeit eines Kapitulanten. Die obgenannten Bestimmungen gelten, sinngemäß angewandt, auch für die Mitglieder der Betriebs- (Fabrik-) und der Gemeinde- und Innungsrentenkassen. Es empfiehlt sich für alle Versicherten, die zum Militär ausgehoben sind, ihre Quittungskarte bei der Ausgabestelle zum Umtausch einzuliefern, und zwar auch dann, wenn sie noch nicht ganz mit Marken besetzt sind. Das Weitere wird ihnen auf der Ausgabestelle erklärt werden. Jede Woche bescheinigter militärischer Dienstleistungen zählt bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Reichsversicherungsordnung wie ein 24-Pfennig-Beitrag. Das heißt so, als wenn Marken der Lohnklasse II geklebt wären, wobei allerdings diese Wochen nur denen angerechnet werden, die vorher berufsmäßig nicht nur vorübergehend beschäftigt gewesen sind. Angehende Vaterlandsvorkämpfer und solche, die sich jetzt „in Ruhe“, in der Reserve befinden, werden gut tun, diesen Wink zu beachten, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben.

Vom Wetterdienst. Von der Hamburger Seewarte gehen uns folgende Zeilen mit der Bitte um Veröffentlichung zu: Das wachsende Interesse für den öffentlichen Wetterdienst, das sich vor allem in einer stetig steigenden Abonnementzahl der Wetterarten zeigt, veranlaßt die hiesige Wetterdienststelle schon seit Jahren, einer möglichst frühzeitigen Zustellung der Wetterarten die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Trotz aller Bemühungen bleibt es aber ausichtslos, die Wetterarten überall rechtzeitig, d. h. noch am Ausgabebetage, zustellen zu können. Sämtliche Orte mit einmaliger täglicher Postbestellung müssen von vornherein auf Zustellung der Morgenwetterarte am Ausgabebetage verzichten, und bei einem großen Teil entfernt gelegener Orte wird auch eine zweite bezgl. spätere Bestellung nicht erreicht, so daß auch da die Wetterarte erst 24 Stunden nach ihrer Ausgabe bestellt wird.

Jede Wetterkarte verliert aber erheblich an Brauchbarkeit, falls die aus ihr zu ersehende Witterungsänderung bei der Zustellung der Karte bereits eingetreten ist.

Hier soll voraussichtlich vom 15. Oktober ab bis auf weiteres eine auf Beobachtungen aufgebaute Wetterkarte, die im Text eine Übersicht über die innerhalb der letzten 24 Stunden eingetretene Änderung der Wetterlage, die Witterung am Abend und am Schluß eine allgemeine Wettervorhersage für den nächsten Tag enthält, Ersatz bieten. Diese Wetterkarte, die kurz nach 9 Uhr abends in Hamburg zur Ausgabe gelangt, dürfte in fast allen Orten Nordwestdeutschlands schon mit der ersten Morgenpost zur Bestellung gelangen, also in den Orten mit einmaliger Postbestellung und in vielen entfernt gelegenen Orten mit mehrmaliger Bestellung genau ebenso frühzeitig, wie die auf 12 Stunden ältere Beobachtungen gegründete Morgenkarte.

Über auch für diejenigen Abonnenten, denen die Morgenwetterkarte rechtzeitig zugestellt wird, bietet die Abendkarte einen vortrefflichen Anhalt, um die Entwicklung der Wetterlage innerhalb 24 Stunden genauer verfolgen und einen zuverlässigeren Schluß auf das bevorstehende Wetter ziehen zu können.

Die Abendwetterkarte wird sich, am besten in Verbindung mit der Morgenkarte, auch vorzüglich zur Erklärung in Schulen eignen, da sie fast überall während der Unterrichtsstunden bestellt werden dürfte.

Die Abendwetterkarte ist gleich der Morgenwetterkarte durch jede Postanstalt zum Preise von 1,50 Mk. pro Vierteljahr und 50 Pfg. pro Monat zu beziehen, das Bestellgeld beträgt 14 Pfg. pro Monat.

Die Anlaufszahlen der vom 15. Oktober ab erscheinenden Abendwetterkarte nachst. bzw. morgens sind: in Bremen 11,15, Oldenburg 12,15, Schwerin 4,25, Lübeck 12,35, Rostock 2,42, Kiel 1,16, Flensburg 2,54, Wamdrup 4,13.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Me-dizinalamt im Monat September in 43 Fällen gemeldet; davon betrafen 31 Fälle (1 tödlich verlaufen) Scharlach, 11 (1 tödlich) Diphtherie und 1 Typhus.

pb. Diebstahl. In der Nacht vom 2. zum 3. d. Mts. sind aus einer Kajüte des Schlepddampfers „*Hedwig*“ folgende Gegenstände abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden: 1 Paar Schafwollsocken, 1 blaue Arbeitshölse, 1 blau und weißgestreifte Kasse, 1 Stroch, 1 Paletot, 1 wol- tene Jacke und 1 blaues Jackett.

Neues Stadttheater. Aus der Theaterkasselerie wird uns geschrieben: Es ist verschiedentlich vorgekommen, daß Billettnachfragen in der Nebenvorverkaufsstelle, Zigarrengeschäft von Otto Borchert, Breitestraße 65, wegen Ausverkauf abschlägig beschieden werden mußten und das betreffende Publikum dann des Glaubens war, daß Billette für die jeweilige Vorstellung überhaupt nicht mehr zu haben seien. Um solche Irrtümer zu vermeiden, möchte die Direktion zur Kenntnis bringen, daß ein Billettausverkauf im Zigarrengeschäft von Otto Borchert niemals auch auf einen Billettausverkauf an der Hauptkasse (Eingang Bädergrube) schließen läßt. In den meisten Fällen wird hier immer noch den Wünschen des Publikums entsprochen werden können.

Hamburg. Schon wieder ein Haus eingestürzt. Am Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr ist an der Norderelbstraße Nr. 89 ein noch nicht gänzlich fertiggestelltes Geschäftshaus, dessen Parterre für Kontor- und Lagerräume bestimmt war und das im ersten Stockwerk Wohnzwecken dienen sollte, mit lautem Krachen zusammengesetzt. Zuerst neigte sich die beide Geschosse von einander trennende Betondecke, dann stürzten die Seitenwände ein. Arbeiter waren glücklicherweise nicht im Hause anwesend, sodaß niemand zu Schaden gekommen ist. Der Zug 8 der Feuerwehr, der unter der Leitung des Brandmeisters Herzog an Ort und Stelle war, hat zur Verhütung von Unglück die festgebliebenen Mauerreste niedergehauen. Die Spiegelscheibe des Barbiergeschäfts des Friseurs Rothmann neben der Unfallstelle wurde von den umherfliegenden Steinen zertrümmert. Die Ursache des Zusammenbruchs muß erst durch Befichtigung festgestellt werden. — **Arbeits-einstellung.** Sonnabend morgen haben sämtliche Chauffeure der H. G. D. A. G. ihre Arbeit eingestellt. Ein Chauffeur, der zu früh seinen Stand verlassen haben soll, war entlassen worden. Seine Kollegen sahen dies als eine Maßregelung an und verlangten die Wiedereinstellung des Entlassenen. Es finden Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Vorstände des Transportarbeiterverbandes statt.

Hamburg. Schiffsunglück auf der Unterelbe. Auf der Unterelbe kollidierte Sonnabend morgen das von Flensburg herankommende Schwimmdock für die Reiterstiegsschiffswerft in der Höhe von Kautsand mit dem ausgehenden Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „*Bandalia*“. Das Schiff sank sofort. Die hinter der „*Bandalia*“ ausgehende „*Graecia*“ derselben Linie stieß ebenfalls mit dem Schwimmdock zusammen, wurde led und mußte an Strand gesetzt werden. Die „*Bandalia*“ ist im Jahre 1905 erbaut und 4230 Tonnen brutto groß. Die „*Graecia*“ ist 1890 erbaut und 2799 Tonnen brutto groß. Die Hamburg-Amerika-Linie gibt über das Schiffsunfall auf der Unterelbe folgendes Kommuniqué aus: Der Dampfer „*Bandalia*“ der Hamburg-Amerika-Linie kollidierte elbavwärts gehend in der Höhe

von Kautsand mit einer von holländischen Schleppern nach aufwärts geschleppten, in Flensburg für die Reiterstiegsschiffswerft erbauten Dockschiff. Die „*Bandalia*“ wurde schwer beschädigt und sank etwa in der Mitte des Fahrwassers auf 14 Meter Wassertiefe bei Niedrigwasser, sodaß nur der Mast und die Schornsteine aus dem Wasser ragen. Als bald nach dem Unfall passierte der Dampfer „*Graecia*“ der Hamburg-Amerika-Linie ebenfalls elbavwärts gehend die Unfallstelle und beschädigte sich am Boden derart, daß das Schiff, dessen Pfd und Raum 1 voll Wasser ist, aufs Land gesetzt werden mußte. Taucher nebst Pumpdampfern und Leichtern der Hamburg-Amerika-Linie sind an der Unfallstelle, um die „*Graecia*“ zu lastern und abzuhängen. Dampfer „*Graecia*“ hatte 20 Passagiere an Bord, die mit dem Dampfer „*Stade*“ der Hamburg-Amerika-Linie nach Hamburg zurückgeführt sind. Die Mannschaft der „*Bandalia*“ ist mit einem Stader Dampfer von Kautsand nach Hamburg unterwegs. — Von der Mannschaft der „*Bandalia*“ werden zwei Personen vermisst, und zwar der Koch Friedrich Wagner und der Küper Hugo Schramm. Die beiden befanden sich im Augenblick des Anfalles in der Koje und dürften ertrunken sein. Das Schwimmdock ist mit nicht allzu erheblichen Schädigungen im Laufe des Sonnabendvormittages nach Hamburg eingeschleppt worden; es hat, soweit bisher ermittelt werden konnte, nur an der westwärts liegenden Ecke Verletzungen und Beschädigungen erlitten. Ueber die Ursache der Katastrophe liegen immer noch keine offiziellen Angaben vor. Man vermutet, daß das Unglück auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß der sehr schwer manövrierfähige Transport nachts ausgeführt wurde. Zwischen dem Dock und den Schleppern war eine Troje von 600 Metern Länge, die naturgemäß die Schiffs-fahrt in der Nähe sehr behindern mußte. — Der Dampfer „*Graecia*“, der nach der in der Sonnabendnacht erfolgten Kollision des Dampfers „*Bandalia*“ mit dem Reiterstiegsschiff-Dock auf der Rhynplate auf den Grund gesetzt werden mußte, ist von dem Taucher Harmitorf so schnell abgedichtet worden, daß er unter Beihilfe der Peterjen u. Apersschen Pumpendampfer „*M. Th. Strattmann*“ und „*Wichel*“ bereits am Sonntag morgen an die Stadt gebracht werden konnte.

Kiel. Massentatigungen auf der Reichsmerft in Kiel. Obwohl auf der Kaiserlichen Werft schon über 1000 Arbeiter entlassen worden sind, erfolgen immer weitere Kündigungen. Es sollen noch weitere 1000 Mann entlassen werden. Der Oberwerftdirektor hatte seinerzeit dem Arbeiterausschuß erklärt, daß nur Arbeiter entlassen werden sollten, die ein bis zwei Jahre im Betriebe tätig waren. Unter den jetzt gekündigten sind aber Leute, die 6 bis 10 Jahre beschäftigt sind. Eine ganze Reihe von diesen Kündigten ist über 40 Jahre alt und es ist diesen kaum möglich, in anderen Betrieben Arbeit zu erlangen. Der Arbeiterausschuß hat zu der Angelegenheit Stellung genommen und bei der Oberwerftdirektion eine außerordentliche Sitzung beantragt; es wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, daß der Oberwerftdirektor persönlich in dieser Sitzung anwesend sein soll. Die Sitzung wird voraussichtlich Mitte nächster Woche stattfinden. Anschließend an diese Sitzung wird eine große Versammlung von Arbeitern der Reichsmerft stattfinden, die Stellung zu den Kündigungen und Entlassungen nehmen wird.

Neutrelith. Zu der Bluttat in Neutrelith, über die wir schon berichteten, ist noch mitzuteilen, daß nach dem Geständnis des Gutsinspektors Lemke er und seine Frau beschlossen hatten, gemeinsam zu sterben. Um 4 Uhr morgens hat der Mann das Kind getötet. Wie er angibt, hat er dem Knaben die Pulsadern aufgeschnitten, während die Frau dem Knaben mit einem Hammer den Schädel zerschmetterte. Gegen 6 Uhr hat die Frau sich selbst die Pulsadern an der Hand geöffnet und sich ferner die Adern an der rechten Schläfe aufgeschnitten. Da dieses den Tod nicht herbeiführte, hat Lemke ihr mit einem Hammer die Hirnschale zerschmettert. Hierauf versuchte der Mann sich selbst die Pulsadern zu öffnen, was ihm aber mißlang. Er hat anscheinend nicht den Mut gehabt, sich lebensgefährliche Verletzungen beizubringen.

Bugelhub. Fabrikrand. Sonnabend morgen brannte ein Teil der hiesigen Farbenfabrik A. G. Braunzweig nieder. Sämtliche Vorräte wurden ein Raub der Flammen. Ein in der Nähe lagernder Stadel Benzinsäcker konnte nach angestrengten Bemühungen in Sicherheit gebracht werden. Die übrigen Gebäude wurden dank der günstigen Windrichtung gerettet. Der Schaden ist bedeutend, da das Gebäude nicht versichert war.

Oldenburg. Bei der Landtagswahl für den Wahlkreis Friesland wurde der inoffizielle Zentrumskandidat August Beker aus Elisabethsdorf mit 1180 Stimmen gewählt. Der offizielle Zentrumskandidat Bitter unterlag mit über 600 Stimmen Minderheit.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 5. Oktober.

Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk. Meierei-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Sagen 3 Mk., Ften 3,00—3,50 Mk. Eöhner 1,60—2,20 Mk., Ruten Stück 1,00—1,60 Mk., Lauben Stück 50—65 Pfg., Gänse Pfd. 90 Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinskopf Pfd. 60 Pfg., Wurst, geräucherter Pfd. 1,20 Mk., Eier Stk. 10 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pfg., 2. Sorte — Pfg., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf 20—50 Pfg., Karfiolen, hiesige, Pfd. — Pfg., einschädelte, Pfd. — Pfg. Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,70 Mk., größere Pfd. 1,60 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,10—1,20 Mk., kleinere 1,00 Mk., Hal, große Pfd. 1.—Mk., mittlere Pfd. 80 Pfg., kleine Pfd. 50—60 Pfg., Karantillen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 70 Pfg., Mittel Pfd. 80 Pfg., Barsche Pfd. 60-70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Aalad Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 10-15 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. Salzwasserfische: Dorche, lebende Pfd. 40 Pfg., frische Pfd. 30—35 Pfg., Butter, größere Pfd. 35—40 Pfg., kleinere 15—20 Pfg., Steinhutt, lebende Pfd. 80—100 Pfg.

Hamburger Sternchanz-Wiehmart vom 5. Oktober.

Auftrieb 5600 Schweine, Markt langsam.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenhängender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 84.— bis 67.— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 82.— bis 83.— (65,50 bis 66,50 Mk.) Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 81.— bis 82.— (63.— bis 64.— Mk.) Gute leichte Ware, unter 240 Pfd., Tara 22 Proz., 80.— bis 81,50 (62,50 bis 63,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 73.— bis 79.— (55,50 bis 60.—) Mk., Sauen, 1. Qualität, Tara 24 Proz., 78.— bis 80.— (62,50 bis 64.—) Mk., Sauen, 2. Qualität, Tara 12 Prozent 72.— bis 78.— (56.— bis 61.—) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Naumburg“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten Inhalt Johannes Stellingsma, Berleger: F. H. Schwegel, Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Morgen 10¹/₂ Uhr Eröffnung

Spezialgeschäfts für Leinen, Weißwaren, Betten.

Unsere Preise:

Hemdentuch, mittelfädig	32 ⁴	Bett-Satin, schw., Augsburg. Ware	85 ⁴	
Hemdentuch, feinfädig	38 ⁴	Bett-Köper, 140 cm br., echt türkisch-	rot, federdicht	1.60 ^{M.}
Hemdentuch, grobfädig	47 ⁴	Unterbett-Atlas, 140 cm, garantiert	Federdicht	1.25 ^{M.}
Bettuch, Halbleinen	78 ⁴	Unterbett, gestreift, 140 cm breit .	1.15 ^{M.}	
Bettuch, Reinleinen, 140 cm breit	1.58 ^{M.}	Bettbezug-Züchen, 140/200	2.95 ^{M.}	
Bett-Züchen, 140 cm breit	68 ⁴	Bettbezug-Kattun, 140/200	3.25 ^{M.}	
Bett-Züchen, 164 cm breit	95 ⁴	Bettbezug-Satin, 140/200	3.45 ^{M.}	
Bett-Kattun, 140 cm breit	75 ⁴	Bettbezug-Damast, 140/200	4.10 ^{M.}	
Bettlaken, Halbleinen, gesäumt .	1.45 ^{M.}	Handtuchdrell u. Gerstenkorn, m	35 ⁴	
Bettlaken, Reinl., gesäumt, 145/225	3.65 ^{M.}			
Bett-Damast, 140 cm breit	95 ⁴			

Wollen Sie Geld sparen, dann decken Sie Ihren Bedarf an

Leinen, Weißwaren, Betten

Sandstraße 20, I.
Sie kaufen dort 10—20% billiger als in Konkurrenz-Geschäften.

3998

Unger & v. Deesen,

Versand- und Detail-Geschäft
Lübeck, Sandstraße 20, I. (Petzwarenhaus) Hirsekorn.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Kartoffeln.

Aus demnächst eintreffenden Ladungen empfehlen wir:
Stierkartoffeln per Ztr. Mk. 3.85
Magnum bonum „ „ „ 2.65
Bestellungen bitten wir in unseren Warenabgabestellen recht bald aufzugeben.
Der Vorstand.
3915

Bienenfleiss.

Achtung! Eben (3995)
frische Zmetichen
eingetroffen
10 Pfd. 1 Mk.
J. Gellke, Armittstraße 31.

Ia. ger. Schweinsback.

Ia. dicke Rippen Pfd. 90 Pfg.
frische Rippen 40
fr. u. gep. Eisbein 65
Karl Labritz, Böttcherstr. 14-16
norm. M. Labritz (3992)
Eisbein trocken

Buchen-Abfallholz

ab Fabrik 50 Pfg. und frei Haus
1 Mk. pro Saß.
F. E. Schacht & Co.,
Wiesinger Allee 41.

Moisling.

Meinen angestrichenen Ziegenbock,
Haus Nr. 20, halte ich zum Verkaufen
bereit.
Bernhard Roth,
Quasch Schäler.
3972

Sterbekasse „Fidelitas“

für Männer und Frauen.
Ordentliche
General-Versammlung
am Montag, 11. Okt. d. J.
abends 9 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abschluß der vom verstorbenen
Halsjahr.
2. Bericht über den letzten 13.
3. Bericht.
4. Tages-Ordnung.
Sticht zahlreiche Erscheinungen der
Mitglieder notwendig.
Der Vorstand.
3973

Verkauf lebender Buft

vom Boote aus
am Dienstag, dem 8. Oktober, vorm. von 8 Uhr ab
an der Holstenbrücke, Eutiner Brücke, Struckfähre
und Mühlentorbrücke.
3982

Billige Fische 22 Beckergrube 22.

Heute Nachmittag von 5-8 Uhr Verkauf von frischen Fischen zu
ausnahmeweise billigen Preisen:
Prima mittelgroße Buft Stück 4 Pfg.
Prima große Buft Stück von 7 Pfg. an
Prima Dorsch Pfund 15, 20 Pfg.
Prima Schellfisch Pfund 15, 20 Pfg.
Prima Seelachs Pfund 15 Pfg.
Prima große Matrelen Stück 10, 15, 20 Pfg.
Ich bitte, mich in meinen Bestrebungen, dem Publikum billige
Fische zu liefern, durch regen Besuch zu unterstützen, denn nur
mit großem Umsatz ist es möglich bei so billigem Verkaufspreis
zu bestehen. (3994)
Täglich große Zufuhren.
Täglicher Verkauf: Vormittags von 8-1 Uhr in der Markthalle.
Nachmittags von 5-8 Uhr Beckergrube 22.
J. Hamann, Fischhandlung, Lübeck.



Zu haben
in Apotheken und
Drogerien.
2538

Achtung! Deutscher Bauarbeiter-Verband

Die Mitgliederversammlungen zur Wahl der
Delegierten zur Gaukonferenz finden statt:
Bezirk Fackenburg am Dienstag, dem 8. Oktober
Moisling „ „ „ 8. „
Herrnburg „ „ „ 8. „
Schlutup „ „ „ 9. „
Travemünde „ „ „ 9. „
Alle Versammlungen beginnen abends 6¹/₂ Uhr.
Der Zweigvereinsvorstand.
3994

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Frl. Holstbohn.
Johannisstraße 46.
Gute Magnum bonum-Kartoffeln
160 Pfd. 2.75 Mk., 10 Pfd. 35 Pfg.
Grobe Magnum bonum (3997)
160 Pfd. 3.25 Mk., 10 Pfd. 40 Pfg.
feine gelbe lange Kartoffeln
160 Pfd. 3.50 Mk., 10 Pfd. 40 Pfg.
empfiehlt Ernst Lütgen, Heinrich-
straße 33. Lieferung frei Haus.

Dienstag ver-
kaufe auf dem
Schwarztauer
Marktplatz billige Seefische
nur 25 Pfg.
Goldbutt und Dorsch billigt
feinste Fischcarbonade
Pfund nur 40 Pfg.
so nahrhaft wie Fleisch.
Emilie Boy, Lübeck, Königstr. 61,
Markthallen-Stand 46. (3998)
Dienstag morgen verkaufe im Hause
feinste Fischcarbonade Pfd. 40 Pfg.

Holzarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Lübeck.
General-Versammlung
am Dienstag, d. 8. Oktober
abends 8¹/₂ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Abrechnung und Bericht vom
3. Quartal.
2. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
3. Bericht von der Vorstandes-
konferenz.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
3979

Achtung! Schauerleute

Außerordentliche
Sektions - Versammlung
am Dienstag, 8. Oktbr.
abends 8¹/₂ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Bericht der Lohnkommission betr.
Entlösung des Papierholzes.
Der Vorstand.
NB. Erscheinen sämtlicher Kollegen
dringend notwendig. D. O.

Achtung! Steinsetzer u. Berufsgen.

Versammlung
am Dienstag, d. 8. Okt.
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52
Tages-Ordnung:
1. Kopfabrechnung.
2. Stellungnahme zur Gaukonferenz
und Wahl eines Delegierten.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen erucht
Der Vorstand.
3996

Gesellschaftshaus „Monopol“.
Heute Ausspielen u. Verschießen
von fetten Gänsen, Enten,
Rauchwaren, Karpfen usw.
3980 Preis 50 Pfg.
Hochachtungsvoll Heinr. Ohde.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 9. Oktober
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
2. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
Solist:
Herr Emil Corbach (Cello).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu den Hebriden
F. Mendelssohn-Bartholdy.
Serenade für Streicher
Rob. Volkmann.
Peer Gynt Suite Nr. II Ed. Grieg.
Potpourri aus „Die Fledermaus“
Joh. Strauß.

Eintrittspreis 50 Pfg. Im Vor-
verkauf 10 Eintrittskarten 3 Mk.
Einzelkarten 40 Pfg. bei den be-
kannten Verkaufsstellen zu haben.
Numerierter Platz 70 Pfg. Im Vor-
verkauf 10 numerierte Eintrittskarten
5 Mk. Numerierte Einzelkarten 60 Pfg.
nur bei F. W. Kaibel, Breite
Straße 40. 3975

Hansa-Theater.

Achtung!! Achtung!!
Das Oktoberprogramm
Stewart Compaine
Melange-Akt.
Les trois Floridas
die akrobatischen Grazien.
Wolf und Brumm
die Grottesk-Komiker etc. etc.
Nach der Vorstellung
Kabarett. (3986)
Die Kabarett-Kräfte sind erst-
klassig.
Grazie! Schönheit! Humor!
Eintritt frei.
Die ganze Nacht geöffnet.

Neues Stadttheater.

Dienstag, den 8. Oktober:
20. Vst. i. B.-M. 4. Vst. i. Dienst.-M.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10¹/₂ Uhr.
Der liebe Augustin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Große Preise. 3976
Mittwoch, den 9. Oktober:
Aster M. Kleine Preise.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¹/₂ Uhr.
Auf vielfachen Wunsch:
Ein Sommernachtstraum.
Lustspiel von W. Shakespeare.

Kriegsministerium und Koalitionsrecht.

Das Kriegsministerium nimmt in der „Berliner Korrespondenz“ das Wort, um sich gegen den Vorwurf zu wehren, das Koalitionsrecht der Militärarbeiter beeinträchtigt zu haben. Am 3. August ist an die Arbeiter, die in den Militärwerkstätten in Spandau, Siegburg usw. beschäftigt sind, ein gleich lautender Erlaß des Kriegsministeriums ergangen, der sich mit dem „Deutschen Militärarbeiterverband“ befaßt. Die entscheidende Stelle in dem Erlaß lautet:

„Unter diesen Umständen sieht sich die Militärverwaltung gezwungen, die Militärarbeiter vor einer Betätigung, wie sie der „Deutsche Militärarbeiterverband“ zeigt, einzudrängen zu warnen und sie darauf aufmerksam zu machen, daß das jetzige Verhalten dieses Verbandes den Frieden zwischen den zuständigen Militärbehörden und der Arbeiterschaft stört. Rünftig wird deshalb streng darauf zu halten sein, daß Arbeiter, die durch Wort, Schrift oder Tat dieses Verhalten des Verbandes unterstützen, also sich friedverderbend betätigen, unter Innehaltung der gesetzlichen Frist das Arbeitsverhältnis gekündigt wird. Mehren sich Kündigungen aus dieser Veranlassung, so wird dem Kriegsministerium Meldung zu erstatten sein. Sämtlichen Arbeitern ist von diesem Erlaß in geeigneter Weise Kenntnis zu geben.“

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Meiningen hat sich dann an das Kriegsministerium mit der Bitte um Aufhebung gemeldet, und vom Kriegsministerium die Antwort erhalten, daß ein Verbot der Zugehörigkeit zum Militärarbeiterverband nicht erlangen sei. Dann heißt es weiter:

„Daß das Kriegsministerium nicht daran denkt, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu beschneiden, geht aus dem Erlaß klar hervor. Andererseits aber muß einer verheerenden Agitation, wie sie der „Militärarbeiterverband“ in letzter Zeit unter den Arbeitern getrieben hat, entgegengetreten werden, um die Ordnung in den Betrieben und das Ansehen der Behörden unter den Arbeitern aufrecht zu erhalten. Sollten die von mir bereits eingeleiteten Erhebungen ergeben, daß einzelne Behörden meinen Erlaß nicht richtig ausgelegt und den Arbeitern die Zugehörigkeit zu dem Verbande allgemein verboten haben, so werde ich diesbezüglich das weitere veranlassen.“

Von dieser angekündigten Deklaration des kriegsministeriellen Erlasses ist in der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden. Das Vorgehen des Kriegsministeriums mußte umso mehr befremden, als der Militärarbeiterverband nicht zu den freien Gewerkschaften gehört. Am 22. August erschien denn auch der Verbandsorgan in Begleitung des nationalliberalen Abgeordneten Jäger, um dort beruhigende Versicherungen abzugeben. Der Erlaß des Kriegsministers wurde aber nicht zurückgezogen, er besteht heute noch. In der „Berliner Korrespondenz“ erklärt nun das Kriegsministerium:

„Die mehrfach aufgestellten Behauptungen, das Kriegsministerium habe durch diesen Erlaß die Koalitionsfreiheit der Militärarbeiter beschränkt und es sei hierbei durch christliche Organisationen beeinflusst worden, sind beide haltlos. Bedingt das seit Jahren beobachtete Gesamtverhalten des Verbandes — nicht etwa ein einzelner Artikel des Verbandsorgans — hat die Militärverwaltung veranlaßt, aus ihrer dem Verbande gegenüber bisher beobachteten Zurückhaltung herauszutreten und der Arbeiterschaft klarzumachen, daß die Betätigung an einer Agitation des

Verbandes, die geeignet ist, die Ordnung und den Frieden in den Militärbetrieben zu gefährden und die Achtung vor den Behörden zu untergraben, nicht länger geduldet werden könne. Daß die Militärverwaltung genötigt ist, Arbeiter, die diese Warnung außer acht lassen, aus den Betrieben zu entfernen, ist ohne weiteres verständlich.“

Das ist der Ton, den die Scharfmacher anzuschlagen pflegen, und es ist Wortklauberei, wenn das Kriegsministerium erklärt, die Koalitionsfreiheit werde nicht angetastet. Was das Kriegsministerium als verheerende Agitation ansieht, Kritik an den Zuständen in den Werkstätten, das fällt eben mit unter den Begriff der Koalitionsfreiheit. Die dem wirtschaftlichen Leben völlig fremd gegenüberstehenden Offiziere beurteilen natürlich die Koalitionsfreiheit unter dem Gesichtswinkel des unbedingten militärischen Gehorsams. Der Kriegsminister sollte auch nicht übersehen, daß die Arbeiter in den Militärwerkstätten erstens keine Soldaten und zweitens nicht „feine“ Arbeiter sind, den die Mittel, über die er verfügt, fließen aus den Taschen der Steuerzahler und müssen vom Reichstag erst bewilligt werden. Unter allen Umständen muß den Herren von der Heeresverwaltung einmal im Reichstage eine gründliche Belehrung über das Wesen der Koalitionsfreiheit gegeben werden.

Die Streikjustiz im Ruhrrevier.

In Dortmund warten immer noch drei Arbeitswilligen gegen die bei der Streikjustiz mit an der Rettung des Profits und des Staats beteiligt waren, und die dann wegen des dringenden Verdachts, Meineide geleistet zu haben, in Untersuchungshaft kamen, auf ihre Aburteilung. Inzwischen nahm auch der Feldzug der Justiz gegen die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ ihren Fortgang. Dieses Parteiblatt hatte die Art, wie bei der Streikjustiz oft Anklagen gegen Bergarbeiter und ihre Frauen zustande kamen, mit scharfen Worten kritisiert. In der Nummer vom 20. Mai berichtete die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ auch über folgenden Fall:

Durch „Johlen und Schreien“ und mit Topfbedeln sollten eine Bergmannsrau und ihre Tochter in ihrer Wohnung vorübergehende Streikbrecher begrüßt haben. Die „Müßlichen“ hatten nur einiges Lärmen gehört und die Frauen am Fenster gesehen. Ob die Frauen den Lärm verurteilt, wußten sie nicht. Die Angeklagten erklärten unwiderprochen, daß Kinder von einer Hochzeit erzählt und dabei auch die Musik nachgehört hätten! Der Verteidiger zerpflückte die Anklage und betonte, daß diese bei sorgfältiger Arbeit gar nicht hätte zustande kommen können. Das Gericht kam zur Freisprechung.

Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ schrieb in ihrem Bericht, ob es nun nicht ein Skandal sei, daß auf solche Vorgänge hin Anklagen erhoben würden? Vor dieser Landplage sei ja nun kein armer Teufel mehr sicher!

Darob erklärte sich der erste Staatsanwalt beim Dortmunder Landgericht beleidigt und der Genosse Heußler wurde angeklagt. Eine auf den 30. Juli angelegte Verhandlung wurde vertagt, weil Heußler einige Richter ablehnte, die auch damals in dem betreffenden Fall vor der Streikammer mitgeurteilt hatten. Der Staatsanwalt meinte selbst, wenn man die Berichte der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ über die Streikjustiz gelesen, habe man sich oft gefragt: Herrgott, wie konnten die Leute nur verurteilt werden! Im übrigen warf der Staatsanwalt ein, daß die Streikbrecher-Zeugen zuerst bestimmter ausgefragt hätten. Die Staatsanwaltschaft habe „höhere Interessen vertreten“ und „schnell eingreifen“ müssen, um damit auf die Streikenden einzuwirken! Das ist ja gerade die große

Gefahr! Wäre den Streikbrecherzeugen nicht von vornherein ein viel zu großes Gewicht beigelegt worden, oft trotz Duzenden anderer Zeugen, dann wäre die Anklage gegen die beiden Frauen, wie auch viele andere Anklagen, nicht zustande gekommen.

Inzwischen ging die Justizaktion gegen die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ ihren Gang. In der Verhandlung vom 1. Oktober beantragte der Verteidiger die Ladung eines Landgerichtsdirektors zum Beweis der Tatsache, daß die Anklagen bei der Streikjustiz in sehr vielen Fällen oberflächlich und mangelhaft konstruiert gewesen seien. Der erste Staatsanwalt wurde für die Behauptung als Zeuge vorgeschlagen, daß Weisung an die Arbeitswilligen ergangen sei, Strafankträge wegen Beleidigung zu stellen. Ferner wurde unter Beweis gestellt, daß ein Geheimer Justizrat aus dem Ministerium große Eile in den Streikprozessen angeordnet habe. Dann wurde noch für eine große Zahl von Streikjustizprozessen die Heranholung der Akten beantragt.

Der angeklagte Genosse Heußler hielt eine scharfe Angriffsrede gegen die Staatsanwaltschaft. Er erklärte, die Kritik der „Arbeiterzeitung“, die voll aufrechterhalten werde, sei das Mindestmaß dessen gewesen, was habe gesagt werden müssen. Die Eile der Streikjustiz sei als empörend empfunden worden. Nicht die Kritik der „Arbeiterzeitung“ sei verheerend gewesen, sondern die Streikjustiz selbst! Die Beleidigung am Streik habe strafmildernd wirken müssen statt umgekehrt. Gegen die Unternehmer wegen der schwarzen Listen vorzugehen, habe der Staatsanwalt abgesehen. In vielen Fällen sei dagegen noch die Anklage wegen Vergehen aus § 153 der Gewerbeordnung erhoben worden, als der Streik längst zu Ende gewesen. „Preßsündern“ werde zur Pflicht gemacht, sich vorher ganz genau zu unterrichten, wenn mal etwas nicht haargenau bewiesen werde. Der Staatsanwalt habe zum mindesten die gleiche Pflicht, er sei in der Lage, alle nötigen Ermittlungen anzustellen. Man dürfe nicht nur allein den Streikbrechern glauben.

Auf den wichtigen Angriff erwiderte der Staatsanwalt zunächst kein Wort. Die Verhandlung wurde schließlich bis zum 3. Oktober vertagt.

Heußler hatte zwei Richter abgelehnt, den einen, weil er bei dem kritisierten Fall mitgewirkt, und den Vorstehenden wegen seiner Beziehungen zur Großindustrie. Beide Anträge wurden aber als unbegründet verworfen. Es hieß sogar, der Antrag auf Ablehnung des Vorstehenden sei „nicht ernst gemeint“ und gestellt, um den Prozeß zu verschleppen! Wie kommt das Gericht zu einer solchen „Begründung“? Der Antrag war nach der ganzen Sachlage wahrscheinlich sogar sehr ernst gemeint!

Die Verhandlung wurde am 3. Oktober zu Ende geführt. Den Weisungsanträgen wurde zum Teil stattgegeben, zum anderen Teil wurde als wahr unterstellt, daß von einem Beamten des Justizministeriums an die Staatsanwälte die Anweisung gegeben sei, die Streikjustizanfragen möglichst zu beschleunigen, ferner, daß auf die Streikbrecher eingewirkt sei, in möglichst vielen Fällen Strafanträge zu stellen, sowie, daß der Landgerichtsdirektor Wanjura in Dortmund befunden würde, es seien in sehr vielen — hundert! — Fällen mangelhaft konstruierte und oberflächlich bearbeitete Anklagen zustande gebracht worden!

Danach waren die Rollen in Wirklichkeit vertauscht, wie Heußler mit Recht bemerkte. Eine ärgere Blockade der Justiz ist ja kaum denkbar, als es mit dieser Unterstellung geschehen ist. Der Staatsanwalt beantragte indes sechs Wochen Gefängnis. Es gab 100 Mark Geldstrafe; strafmildernd wurde das als wahr Unterstellte angeführt.

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(39. Fortsetzung.)

„Ei, natürlich — glauben Sie, ich soll wie ein gerupptes Huhn weggehen?“ war die Antwort.

„Und doch wäre es besser, Sir, als sich noch hinterdrein die Haut abziehen zu lassen. Sie haben ausgemachtes Unheil heute Abend — lassen Sie die Karten, Mr. Frost, und kommen Sie mit mir!“

Frost hob plötzlich den Kopf und blickte dem Deutschen eine Sekunde lang scharf ins Auge. „Handeln Sie vielleicht nach einem bestimmten Auftrage des alten Well, Sir?“ sagte er.

In Reichardts Gesicht schoß das Blut; er öffnete den Mund und schloß ihn wieder, als finde er nicht sogleich eine Widerlegung hierauf. „Ein Schlag ins Gesicht wäre mir lieber gewesen als das!“ sagte er endlich, sich wendend; in gleichen Augenblicke aber fühlte er auch seinen Arm schütteln.

„Bleiben Sie, Sir, es war nicht so schlimm gemeint!“ rief der Amerikaner mit halb unterdrückter Stimme, „ich bin herzlich, das ist alles — sprechen Sie aber auch jetzt nicht von Gehen, wo ich zum wenigsten dem glatten Johnson noch einen Dutzend anzuhängen habe.“

„Well, Sir,“ erwiderte Reichardt, sich langsam zurückwendend, „und gerade deshalb möchte ich Sie bitten, mit mir zu gehen!“

„Aber beim —! welches Interesse haben Sie denn nur dabei!“

Reichardt faßte den Arm seines Gesellschafters und trat mit ihm noch einen Schritt weiter von den Spieltischen weg. Sie haben mir einmal gesagt, Sir, begann er hier, den ich voll in Frosts Auge ruhen lassend, ich solle Ihr Freund sein, und das ist es, was mich zu Ihnen reden läßt. Ich weiß nicht, wie weit Ihre gehaltenen Verluste Sie berühren, denn mir fehlt noch jeder Maßstab für die Verhältnisse; ich weiß aber, daß Sie schon jetzt nicht mehr kalt sind, daß jeder Verlust Sie nur immer hartnäckiger machen wird, das erkorene wieder herzubringen, ohne auf eine Grenzlinie zu achten; daß Sie bei Ihrem heutigen Unglück nur das Opfer für andere abgeben müssen, und daß sich, wenn Sie morgen früh mit kaltem Kopfe überschlagen werden, ein edel für Sie herausstellen kann, das, auf diese Weise erwerbend, selbst einen John Frost zu erschrecken vermöchte. Warten Sie, wenn einmal gespielt sein muß, Ihre Revanche bis zu einem glücklicheren Tage, Sir; und selbst wenn

Sie mir jetzt nicht recht geben möchten, so tun Sie es, um mir zu zeigen, daß die Freundschaft, die Sie mir angeboten, nicht nur allein in Ihren Worten bestanden hat.“

„Sie sind jedenfalls ein eigentümlicher Mensch, Reichardt,“ erwiderte Frost, den jungen Deutschen mit einem lächelnden Blicke betrachtend, „und ich würde sagen, die ganze Sache ist gar nicht wert der vielen Worte, wenn sie mich nicht wieder ein Stückchen näher mit Ihnen bekannt gemacht hätte. Ich soll also heute als ein gerupptes Huhn fortgehen und mich nicht einmal nach den Federn umsehen — very well! Sie sollen Ihren Willen haben, und die ganze Gesellschaft mag heute in Gottes Namen zum — und so weiter. Für die Zukunft aber, wenn wir uns wieder einmal hier treffen sollten, dann werde ich mit Ihnen einen ganz besonderen Kontrakt machen müssen. Kommen Sie also!“

„Frost, was beim Donner, Sie gehen?“ sagte Johnson, dem Angerufenen in den Weg tretend.

„Müssen das mit meinem Freunde Reichardt hier ausmachen?“ erwiderte dieser lachend, ohne sich aufhalten zu lassen, „er will mich durchaus nicht in Ihren gefährlichen Händen wissen!“

Johnson war, die Stirn runzelnd, zurückgetreten; aber als die beiden andern das Zimmer bereits verlassen, stand er noch den Blick auf die Tür geheftet und brumpte zwischen den Zähnen: „Wer ist dieser Mensch eigentlich?“

XIII.

Die Morgenämmerung des nächsten Tages hatte sich kaum erst durch einen leicht bedeckten Himmel Bahn gebrochen; Reichardt streckte sich noch in seinem Bette und wartete, daß die im Kamin aufgebauten Kohlenstücke in resten Brand geraten sollten, als plötzlich die Tür aufsprang, und John Frost mit einem lachenden: „Nichtig, hier haust er!“ eintrat. „Bleiben Sie liegen!“ rief er, als der junge Deutsche in wortloser Ueberraschung aufsprang, „behalten Sie sich noch einmal und empfinden Sie, was es heißt, ein warmes Bett zu haben; es ist manchem in der letzten Nacht nicht so gut geworden. Bei Gott, Reichardt,“ lachte er auf, „wenn ich Sie nicht schon so lieb gehabt hätte, so würde ich Sie von heute an in mein Herz schlüpfen — so eine Teufelsgeschichte!“

„Aber sagen Sie doch um Gottes willen, was mir die Ehre verschafft, Sie in meiner Hütte zu sehen,“ begann Reichardt, „jetzt, wo kaum erst Milch- und Bäderwagen ihre Besuche machen —“

„Sollen alles hören, Sir! bleiben Sie nur in Ihrer Ruhe, und ich werde's mir auch so bequem machen, als es sich tun läßt,“ erwiderte der junge Amerikaner, sich einen Stuhl zum Feuer ziehend und sich langsam eine Zigarre an-

brennend; „die Sache ist einfach die, Sir, daß ich soeben von der Polizeistation komme, wo ich meinen Freund Johnson nebst fünf oder sechs andern rekonstruiert habe. Unser kleines Zimmer im Astorhause ist die letzte Nacht, etwa zwei Stunden nachdem Sie mich von dort weggezogen, von der Polizei überrumpelt, — die ganze Gesellschaft aber aufgehoben und nach dem Stationsgebäude abgeführt worden. Es muß ein ganz ungeheurer Verrat stattgefunden haben, mag der Teufel wissen, durch wen. Der Polizei-Kapit'n hat den Schlag und das Paßwort gehabt, und der hintere Ausgang, zu dem nur wenige den Weg von außen wissen, ist so besetzt gewesen, daß die armen Kerle die Katze im Sack haben spielen müssen. — Well, Sir,“ fuhr er lachend fort, „ein großer Teil von den Uebeltätern hat sich durch herbeigeholte Verwandte und Bekannte noch während der Nacht legitimieren können und ist vorläufig entlassen worden; unser Johnson aber und noch einige mit ihm fürchteten nichts mehr, als daß der Streich zur Kenntnis ihrer Verwandten käme, und so wurde denn eine Botenschaft an mich abgeschickt. Ich aber sah gerade irgendwo, nur nicht zu Hause, in einem allerliebsten Gassen, und die glatte, patente Gesellschaft mußte die lange Nacht auf der Britische verbringen. — Bei Jingo,“ rief er, plötzlich aufspringend, „was meinen Sie, Reichardt, wenn wir beide darunter gewesen wären? An den Kopf wär's allerdings nicht gegangen, aber ich gestehe Ihnen jetzt ganz offen, daß ich lieber zwei Finger verlieren als meinem Vater als arretierter Spieler unter die Augen treten möchte — und wenn jetzt mein erster Weg mich nach Ihrem Boardinghouse geführt hat, trotzdem es wohl die ungelegenste Zeit zu Besuchen ist, so mögen Sie daraus sehen, wie ich an Sie gedacht habe. — Aber,“ lachte er plötzlich wieder auf, „hätten Sie doch die Gesichter gesehen, als ich vor einer Stunde, nachdem ich beim Nachhausegehen den Hilferuf gefunden, in das Stationshaus trat. Ein strahlendes Licht in tieferer Finsternis ist gar nichts gegen den Effekt, den meine Erscheinung machte. Johnson ist trotz mancher unangenehmen Seite immer noch ein ganz leidlicher Junge — seinen Hochmutsteufel in bezug auf Sie werde ich ihm auch noch austreiben — und es hat mir wirklich wohlgetan, ihn für so manche Grobheit, die er gestern Abend hat anheben müssen, jetzt aus seinem Glende zu reißen — ja,“ unterbrach er sich plötzlich, „dabei fällt mir aber etwas anderes ein. Wir haben morgen Dankfesttag, und es ist eine alte Sitte in unserem Hause, daß wir Kinder, meine Schwester und ich, einige unserer genauesten Bekannten abends zur Vertilgung eines Truthahns bei uns sehen. Dazu sind Sie also jetzt feierlich eingeladen, denn ich hoffe, Reichardt, daß ich Sie jetzt zu meinen genauesten Bekannten rechnen darf!“ Er hatte sich mit ausgebreiteter Hand nach dem Bette gewandt; der junge Deutsche aber war mit

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911.

Die Nachwirkungen der Verteuerung der Nahrungsmittel und notwendiger Verbrauchsgüter durch die Steuererhöhung von 1909 machten sich im letzten Jahre in vollem Maße geltend. Nur zu natürlich ist es daher, daß die Arbeiterschaft bemüht war, durch Lohnforderungen einen Ausgleich herbeizuführen, um sich wenigstens die bisherige Lebenshaltung zu sichern. Würde dies nicht geschehen, so ließen die Unternehmer durch ihre Vertreter im Reichstage das indirekte Steuersystem nach Herzenslust ausbauen und in noch höherem Maße, als dies schon geschehen, die Arbeiter die Mittel zur Erhaltung und Verwaltung des Staats aufbringen. Daß die Arbeiterklasse genötigt ist, bei jeder Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nach einem höheren Einkommen zu streben, würde die Unternehmer nicht weiter berühren. Daß die Arbeiterschaft aber dank ihrer gewerkschaftlichen Organisation den berechtigten Anforderungen vielfach Geltung zu schaffen vermag, das behagt den Nahrungsmittelverteilern nicht und sie setzen alles daran, die Kämpfe der Arbeiter zu verhindern oder mindestens erfolglos zu machen. Die eigene wirtschaftliche Macht reicht hierzu nur in den wenigsten Fällen aus und deshalb soll das Reich mit einer Zwangsverpflichtung eingreifen. Das ist die Erklärung dafür, daß das Unternehmertum in den letzten beiden Jahren lauter als je und ohne Unterbrechung nach Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter schreit, denn etwas anderes soll der sogenannte Schutz der Arbeitswilligen nicht bedeuten, als die Arbeiterklasse zu verhindern, mit Erfolg eine Arbeitseinstellung zu unternehmen. Daß die Arbeiter keineswegs geneigt sind, sofort und in allen Fällen zum Streik zu greifen, wird durch die von der Generalkommission bearbeiteten Streikstatistiken der Zentralverbände unzweifelhaft erwiesen. Seit dem Jahre 1905 ist diese Statistik auch ausgedehnt auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung und da zeigt es sich nun, daß gerade der Anteil dieser Bewegungen an den gesamten wirtschaftlichen Kämpfen sich ständig, von 56,1 Proz. im Jahre 1905 bis zu 69,9 Proz. im Jahre 1911, gesteigert hat. In erster Linie ist diese Erscheinung zurückzuführen auf die zunehmende Macht der Organisationen, und sie zeugt davon, daß die Arbeiterschaft diese Macht nicht dazu benutzt, um nur Streiks zu führen, sondern um eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erzielen.

Im Jahre 1911 wurden insgesamt 9670 Bewegungen geführt, an denen 1 011 669 Personen beteiligt waren. Davon endeten 6765 = 69,9 Proz. mit 686 416 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung, während es in 2914 Fällen = 30,1 Proz. mit 325 253 Beteiligten zum Streik oder zur Aussperrung kam. Gegenüber dem Vorjahre, in welchem 9690 Bewegungen mit 1 025 542 Beteiligten stattfanden, sind die wirtschaftlichen Bewegungen im Jahre 1911 an Zahl und Umfang etwas geringer. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß 1910 sich der umfangreiche Kampf im Baugewerbe vollzog. Es zählte das Baugewerbe in diesem Jahre allein 1357 Kämpfe mit 181 100 Beteiligten — darunter 851 Aussperrungen —, während dasselbe 1911 nur mit 845 Kämpfen und 32 625 daran beteiligten Personen verzeichnet ist. Folgt man der Personenzahl, so hat die Gewerbegruppe der Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau den stärksten Anteil an den Kämpfen des Jahres 1911, es kommen auf diese allein 128 609 Personen, die an 562 Kämpfen beteiligt waren. Von den übrigen Gewerbegruppen waren an den Kämpfen beteiligt: Das graphische Gewerbe und die Papierindustrie mit 89 Kämpfen und 8259 Personen, die Holzindustrie mit 494

Kämpfen und 30 000 Personen, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 192 Kämpfen und 28 298 Personen, die Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie mit 214 Kämpfen und 46 806 Personen, das Handels- und Transportgewerbe mit 256 Kämpfen und 16 559 Personen und die sonstigen Gewerbe mit 262 Kämpfen und 34 097 Personen. Die Gesamtausgabe für die wirtschaftlichen Bewegungen stellt sich auf 16 272 313 Mark, wovon auf Streiks und Aussperrungen 16 062 906 Mark und auf die Aussperrungen allein 5 821 641 Mark entfallen.

Von den gesamten Bewegungen waren 7046 = 72,9 Proz. mit 585 575 Beteiligten = 57,9 Proz. erfolgreich und 1701 = 17,6 Proz. mit 294 293 Beteiligten = 29,1 Proz. teilweise erfolgreich. Dieses Ergebnis ist dem des Vorjahres ungefähr gleich. Es endeten 1910 91,2 Proz. der Bewegungen erfolgreich und teilweise erfolgreich, und 91,3 Proz. der Beteiligten hatten vollen und teilweisen Erfolg. Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden 6436 und von den Streiks und Aussperrungen 2201 durch Vergleichsverhandlungen mit den Unternehmern zum Abschluß gebracht. In 182 Fällen wurden diese Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts oder dem Vorsitzenden desselben geführt. Der Verlust an Arbeitszeit durch die Streiks und Aussperrungen beläuft sich auf 6 864 240 Tage, davon entfallen auf die Aussperrungen allein 2 505 178 Tage.

Bei der Durchführung der Kämpfe ist die Organisationszugehörigkeit der beteiligten Arbeiter von wesentlicher Bedeutung, da hiervon die materielle Unterstützung und damit die Widerstandskraft der Kämpfenden während der schweren Zeit des Kampfes abhängig ist. Von allen an den Kämpfen beteiligt gewesenen Personen waren 259 042 in den Streiklisten eingetragen und gehörten von diesen 244 885 Personen der Organisation an, davon 179 246 beim Beginn des Kampfes bereits 6 Monate und darüber.

Von den 6756 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, die 1911 stattfanden, wurden 5868 mit 662 425 Beteiligten unternommen, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, und 888 mit 23 991 Beteiligten dienten der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Vollen Erfolg hatten von den Angriffsbewegungen 4514 = 76,4 Proz. und von den Beteiligten 445 841 = 67,3 Proz. Abwehrbewegungen waren 706 = 79,5 Proz. erfolgreich. 21 121 Beteiligte erreichten vollständige Bewilligung ihrer Forderungen.

Den größten Teil der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1911 bilden die Angriffstreiks. Ihre Zahl beträgt 1705 = 58,5 Proz. aller Kämpfe und waren daran 169 657 Personen beteiligt. Gegen das Vorjahr hat eine beträchtliche Vermehrung der Angriffstreiks stattgefunden; es wurden in demselben geführt 1385 Streiks mit 110 613 Beteiligten. An Zahl der Fälle und der Beteiligten wird das Jahr 1911 nur noch von dem Jahre 1906 übertroffen. 1905 war allerdings die Zahl der Beteiligten noch höher, doch kommt in diesem Jahre der große Bergarbeiterausstand in Betracht, der allein 226 888 Beteiligte zählte. Es erklärt sich ohne weiteres, daß als Ursache der Angriffstreiks die Forderung auf Lohnerhöhung sich an erster Stelle findet. In 840 Fällen mit 78 129 Beteiligten wurde um die Durchsetzung einer solchen gestreift. Demgegenüber bleibt die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit weit zurück, welche in 50 Fällen mit 7840 Beteiligten zum Streik führte. Lohnerhöhung und Arbeitszeiterkürzung wurde in 644 Fällen, woran 71 555 Personen beteiligt waren, zu erreichen versucht. 1096 Angriffstreiks = 64,3 Proz. hatten einen vollen und 288 einen teilweisen Erfolg; an diesen Streiks waren 117 711 Personen beteiligt.

Auch die Zahl der Abwehrstreiks ist gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Während 1910 839 solcher Streiks stattfanden, die 31 500 Personen in Mitleidenschaft zogen, wurde im Jahre 1911 in 1002 Fällen mit 42 239 Beteiligten zu dem Mittel des Streiks gegriffen,

um eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. In 373 Fällen wurde gegen Lohnreduzierung, in 34 Fällen gegen Arbeitszeiterkürzung und in 285 Fällen gegen Maßregelung von Personen gekämpft. Bezeichnend für das verstärkte Geschrei der Unternehmer nach vermehrtem gesetzlichen Schutz gegen den „Terrorismus der Arbeiter“ ist, daß in 27 Fällen sich die Arbeiter durch einen Streik gegen den Raub des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes seitens der Unternehmer wehren mußten. In 670 Fällen = 66,9 Proz. gelang es für 23 508 Personen = 55,7 Prozent durch Arbeitseinstellung die beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich abzuwehren. In 97 Fällen war dieses nur teilweise möglich und 207 Streiks blieben erfolglos.

Die Aussperrungen bilden der Zahl nach den geringeren Teil der wirtschaftlichen Kämpfe; sie fallen aber dabei erheblich ins Gewicht durch die Massen der davon betroffenen Arbeiter. Will man davon reden, daß durch die wirtschaftlichen Kämpfe das Nationalvermögen geschädigt wird, so fällt ein großer Teil dieser Schädigung den Unternehmern zur Last. Im Jahre 1911 wurden 207 Aussperrungen vollzogen, von denen 113 357 Personen, also reichlich ein Drittel aller an den Kämpfen beteiligt Gewesenen, betroffen wurden. Auf die gewerbliche Gruppe der Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau kommen allein 60 Aussperrungen mit 76 817 Beteiligten. 88 Aussperrungen erfolgten wegen eines Angriffsstreiks und 46 wegen Forderungen der Arbeiter. Auch bei den Aussperrungen finden wir 14 Fälle, in denen die Unternehmer den Austritt aus der Organisation zu erzwingen suchten. Von den Aussperrungen schlossen 60 = 29 Proz. mit vollem und 47 = 22,7 Proz. mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter und für 82,1 Prozent der Beteiligten ist voller oder teilweiser Erfolg erzielt worden. 1910 fanden Aussperrungen in weit erheblicherem Umfange statt, doch ist dieses, wie schon erwähnt wurde, auf den Kampf im Baugewerbe zurückzuführen. Seit dem Jahre 1900 wurden von den Unternehmern 2968 Aussperrungen verhängt, die 884 512 Arbeiter in Mitleidenschaft zogen. Der durch diese Aussperrungen erlittene Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf 19 351 996 Tage. Der Geschlossenheit der Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen ist es zu danken, daß die Unternehmer nur bei 22,3 Proz. der Aussperrungen ihren Zweck vollständig erreichten. 29,9 Prozent der Aussperrungen endeten dagegen mit vollem und 38,9 Proz. mit teilweisem Erfolg der Arbeiter. Diese haben sich mit der Aussperrungstaktik der Unternehmer abgefunden. Sie haben seit 1900 nicht weniger als 41 948 850 Mk. für Aussperrungen verausgabt. Ihre Opferfreudigkeit ist aufs stärkste entwickelt und so können sie den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen entgegensehen. Sie wissen, daß sie nur durch diese zu höherer Lebenshaltung gelangen werden und können alljährlich auf die Erfolge hinweisen, die sie erzielt haben.

Aus der Partei.

Ein eigenartiger Vorgang. Von den Genossen Heine und Dr. Arons geht uns folgende Erklärung mit der Bitte um Aufnahme zu:

Die Unterzeichneten bedauern den Ausschluß des Genossen Hilbrand durch den Chemnitzer Parteitag. Gleichgültig, ob oder wie weit sie Hilbrands Anschauungen billigen oder verwerfen, fürchten sie, daß der Beschluß eine Hemmung der wissenschaftlichen Forschung in der Partei zur Folge haben wird, und sehen darin einen Widerspruch zu dem alten sozialdemokratischen Grundgedanken, daß die praktische Politik der Partei auf der wissenschaftlichen Erkenntnis der Tatsachen zu beruhen habe.

Die Unterzeichneten erwarten, daß Hilbrand, wie er es auf dem Parteitag erklärt hat, sich nach wie vor als Sozialdemokrat fühlen und für die Sozialdemokratie arbeiten wird, und daß ein späterer Parteitag Gelegenheit finden wird, den Chemnitzer Spruch wieder aufzuheben.

beiden Füßen zugleich unter seiner Decke hervor ins Zimmer geiprungen.

„Ei muß darauf der nötige Krugfuß folgen!“ rief er mit einem Lachen, in dem sich seine ganze innere Benugung ausdrückte; „im übrigen aber kann ich Ihnen nicht mehr sagen, als ich schon gesagt habe.“ Er setzte sich hin, sein Hand ergreifend, disponieren Sie über mich, Sir!

„Alles richtig, Sir, ich bedarf auch keiner Worte mehr.“ gab er mit einem kräftigen Händedruck zurück, „jetzt aber vergessen Sie das nächste nicht und fahren Sie in Ihre Kisten!“

Eine Stunde später lag Reichardt auf seinem Arbeitsplatz in der Office. Er war einer der Ersten, und als er langsam seine Bücher aufschlag, meinte er die Sauberkeit und Akkuratheit seiner Zahlenkolonnen selbst noch nie so bemerkt zu haben, wie heute, glaubte er noch nie so zufrieden mit seiner Stellung wie jetzt gewesen zu sein. In ihm lebte ein Gefühl, als sei ihm ein unerwartetes Glück geworden, oder er habe eine frohliche Nachricht erhalten, und wenn er, in seine Arbeit versetzt, bisweilen aufblickte, um sich zu befinden, was ihn in eine so glückliche Stimmung versetzt, war es doch nicht, als die Einablage in das große Haus für morgen abend. Als er sich aber endlich entsappte, wie er vor sich hinarrte, sah Margarets Bild in alle Einzelheiten, wie er sie in Saratoga gesehen, vor die Seele hielt, und sich in diese lachenden, dunkelblauen Augen versetzte, da rief er sich unruhig die Stra. „Auf diese Weise hätte das Glück lieber weggleiten sollen!“ brummte er, „aber hoffentlich werden Wille und Versuch auch noch ein Wort zu sagen haben!“ und wie befrüchtigt von dem Gedanken überließ er sich wieder der früheren inneren Sehnsüchlichkeit.

Er hatte jedoch eine für den heutigen Tag bestimmte Rechnungsbuchführung begonnen, als der Kassierer eintrat und bei Reichardts Anblick wie verwundert den Kopf hob. „Schnap hier, Sir?“ fragte er, mit einem eigentümlichen Seitenblick an sein Knie richtend.

Der Angeredete sah auf — es war das erste Mal, daß der alte Bell ein außerordentliches Gespräch mit ihm begonnen. „Ich denke, es ist nicht mehr früh, Sir?“ erwiderte er, „wenigstens habe ich schon ein Stück Arbeit unter den Händen weg!“

„Haben Sie?“ fragte der Alte mit einer sonderbaren Fröhlichkeit, „in der Regel arbeitet es sich nicht gut, wenn man nicht geschäftig hat!“

Reichardt blinzelte von neuem auf. „Ich weiß nicht, Sir, ob Sie meinen Schatz Ihrer Verschwendung wahren?“ erwiderte er, „als wäre es nicht recht, was aus den Kassen des Kassierers zu machen, ich darf Ihnen aber in diesen Fällen sagen, daß er mir besser war, als gerade in letzter Nacht!“

„Ah!“ zog der Alte, den Kopf langsam in den Nacken legend, „und so sind Sie auch jedenfalls recht sanft und weich gebettet gewesen?“

Durch Reichardts Gehirn schoß plötzlich ein Gedanke, welcher Licht in die sonderbaren Fragen des Alten brachte, zugleich aber ein helles Lächeln in dem Gesichte des Deutschen hervorrief. „Sie sind mit Ihren Vermutungen wohl nicht ganz auf der rechten Fährte, Mr. Bell,“ sagte er, „mir scheint es fast, als wollten Sie auf einen Vorgang, welcher letzte Nacht im Astorhanse stattfand, hindeuten.“

„Bell, Sir, und wenn dem so wäre?“ erwiderte der Kassierer, während sein Auge, wie im Unmut über den leichten Ton des jungen Mannes, einen strengen Ausdruck annahm.

„So habe ich eben damit nichts zu tun gehabt!“ versetzte Reichardt, ohne sein Lächeln unterdrücken zu können. „So viel ich weiß, hat der Ueberfall gegen ein Uhr stattgefunden; um elf Uhr aber hatte ich mit Mr. Groß das Haus bereits verlassen und lag kurz darauf schon weich und warm in meinem Bette.“

Der Kassierer schwiege einige Sekunden, hielt aber das graue durchdringende Auge so fest auf Reichardts Gesicht gekehrt, als wolle er in dessen Seele lesen. „Und dennoch scheinen Sie so genau zu wissen, was vorgegangen?“ versetzte er endlich.

Reichardts Lächeln verschwand und ein rasches Wort schien auf sein Lippen zu treten, das er aber, wie sich behäufend, zurückdrängte. „Sie meinen früher nicht damit, Mr. Bell, daß Sie einen Zweifel in meine Wahrheitsliebe setzen könnten?“ fragte er, fast wie bittend und die Augen des Alten hielten vor seinem Blicke eine Sekunde lang den Boden; „ich habe das erste Wort über die Angelegenheit erst heute morgen erfahren.“

„Und Sie sagen, auch Mr. John Groß habe den Platz so früh verlassen?“ begann der Kassierer wieder, das Auge wie in unruhiger Spannung hehend.

„Wir haben miteinander die Straße betreten, Sir!“

Bell warf durch den halbgeöffneten Eingang einen Blick in das nordere Zimmer und schloß dann die Tür. „Haben Sie wohl irgend ein Bedenken, mir zu sagen, Sir, was den jungen Groß gerade gestern veranlaßt hat, seinen ganzen Gehalt zu mir zu früh schon dort auszubringen?“ fragte er, sich langsam seinem Platte wieder zuzuwenden; „es ist mir ein reiner Privatgrund, welcher mich zu dieser Frage veranlaßt.“

„Bell, Mr. Bell, Sie bilden selbst die Grundursache,“ erwiderte Reichardt und konnte fast eines neuen Lächelns nicht erweichen, „als des Gefühls des anderen Mannes mit einem plötzlichen Ausdruck von fragender Bewunderung nach

ihm hob; „Sie sprachen gestern abend zu mir über das Spiel im Astorhanse; aber mehr noch als Ihre Worte blieben Ihre Blide in meiner Erinnerung, mit denen Sie von jeder Hundertdollarsnote Abschied zu nehmen schienen; ich sah, daß John Groß Unglück hatte, daß er in seiner Erregung vielleicht weiter gehen würde, als er es wohl mit kaltem Blute täte, und überredete ihn, mit mir das Lokal zu verlassen.“

Der Kassierer nickte langsam, den ersten Blick forschend in des jungen Mannes Gesicht gerichtet, als wisse er noch immer nicht, wie weit er trauen dürfe.

„Und ich glaube, Sir,“ fuhr Reichardt fort, „daß nach allem, was ich erfahren, der Vorfall in der letzten Nacht den besten Eindruck für alle Zukunft auf ihn hervorgebracht hat.“

„Vielleicht, Sir, vielleicht!“ erwiderte der Alte, nach einem langen Blicke in das offene, ehrliche Auge des Deutschen, „vielleicht hätte aber eine schärfere Lektion noch besser ihre Wirkung getan.“

Ein sonderbarer Gedanke schoß plötzlich durch Reichardts Kopf. „Das heißt, Sir,“ sagte er lachend, „es wäre besser gewesen, wenn John und ich diese Nacht auf der Politz-Brücke hätten zubringen müssen!“

„Von Ihnen sprach ich nicht, Sir — und die Sache hat sicher auch ihr Gutes, gerade so, wie sie geschehen ist — in dessen läßt sich hier nur wenig darüber sagen,“ erwiderte der Kassierer und hob das Ohr hochend; „nehmen Sie Ihr Mittagmahl heute mit mir, Sir, und wir werden eine Stunde zu ungehörtem Austausch unserer Gedanken finden, die uns vielleicht beiden gut tun wird.“

„Ich habe keinen Grund, Ihre freundliche Einladung auszusagen, Sir,“ sagte Reichardt überaus dankbar, „aber nach seiner Arbeit, als jetzt die Tür aufsprang und Augustus Groß langsam durch das Zimmer schritt, während John ihm rasch folgte und gleichzeitig mit ihm in das hintere Zimmer eintrat.“

Der Kassierer, über seine Papiere gebeugt, schüttelte den Kopf. „Jetzt beichtet er ihm die ganze Geschichte und malt sie so komisch aus, bis der Alte nicht mehr ernst bleiben kann und ihn mit einem leichten Verweise entläßt,“ brummte er; „dann geht es auf dem alten Wege weiter, bis die Rücksicht vor dem Vater einmal nicht mehr besteht und das Geschäft sich jeden Abend am Rande des heimlichen Verderbens befindet. Es bedürfte einer scharfen Lektion oder eines gewaltigen Einflusses, sollte ihn sein Weg einmal zum Besseren führen; aber aus alle diesen scharfen Spielern ist noch selten mehr geworden, als scharfsichtige Davonsläufer und scharfsichtige Selbstmörder.“ Er nickte brummend mit dem Kopfe und schenkte sich dann ganz in die Zahlenreihe vor sich versenkt zu haben. (Fortsetzung folgt.)

- M. Adelsburg, M. d. L. (Mains); A. Arons (Berlin); G. Auer, M. d. L. (München); F. Bachus (Mains); J. Bauer (Mains); G. Bäuerle (München); G. Behrendt (Hamburg); J. Bloch (Berlin); Fr. Conrad (Mains); G. David, M. d. L. (Berlin); S. Delp (Darmstadt); E. Dieffen (Weissbaden); G. Dittrich (Breslau); M. Eichenmüller (München); A. Giffinger (Mains); F. Eisenschmidt (München); R. Eisner (München); F. Engelmann (Mains); W. Engler, M. d. L. (Freiburg); Kath. Erber (München); A. Erdmann, M. d. L. (München); G. Fischer, M. d. L. (Dresden); G. Gaertner (München); G. Geisler (München); J. Grieb (Mains); M. Gruber (München); K. Grumbach (Freiburg); Helene Grünberg (München); W. Hauenstein (München); F. Heiden (Frankfurt); W. Heine, M. d. L. (Berlin); M. Heppner (München); G. Herber (Fürth); K. Herrmann (Breslau); W. Herzberg (München); G. Hoffmann (Bielefeld); Otto Hue (Eisen); W. Hup, M. d. L. (Oldenburg); J. Hüsch (Darmstadt); B. Kampffmeyer (München); A. Kaufmann (München); G. Kloman (Mains); W. Knoblach (Darmstadt); A. Kolbe (Mains); Karl Kolliwig (Berlin); Käthe Kolliwig (Berlin); F. Krämer (München); M. Krausch (München); G. Krieter, M. d. L. (Freiburg); W. Landsberg (Breslau); F. Lauffötter (Hamburg); Hugo Lindemann, M. d. L. (Stuttgart); A. Linke (Düsseldorf); B. Löbe (Breslau); W. Maar (München); Ph. Martgloff (Mains); Hulda Maurenbrecher (Mannheim); Max Maurenbrecher (Mannheim); J. Meyer, M. d. L. (Oldenburg); Wd. Müller, M. d. L. (München); Paul Müller (Berlin); Ph. Müller (Breslau); F. Müntz (Mains); G. Neulirch (Breslau); Ch. Odenhal (Hamburg); F. Oertel (München); R. Pautsch (Düsseldorf); A. Peifert (Breslau); H. Peus, M. d. L. (Düsseldorf); F. Philipp (Breslau); W. Pöcher (Mains); E. Quefel, M. d. L. (Darmstadt); E. Rabl (Munich); G. Rosenfeld (Berlin); G. Röding (München); A. Saenger (München); D. Schombor (Zittau); F. Schulz (Mains); M. Schuppel (Berlin); G. Schuler (Lübeck); J. Schuller, M. d. L. (Lübeck); F. Schmid, M. d. L. (München); Conrad Schmidt (Berlin); G. Schneider (München); M. Schneider (München); J. Schönelein (München); G. Scholich (Breslau); R. Schöredt (Bielefeld); Wilh. Schröder (Berlin); A. Schulz (München); R. Schulz (München); R. Schüge (Düsseldorf); W. See (Mains); Karl Severing (Bielefeld); G. Stowig (Breslau); A. Steiniger (Hamburg); G. Stryck (Berlin); A. Stork (Darmstadt); G. Strauß (München); A. Ströbner (München); A. Südekum, M. d. L. (Berlin); K. Suhmann (Berlin); K. Thielberg (Hamburg); W. Thomas (Mains); E. Tiede (Mains); F. Timm, M. d. L. (München); U. Töpfer (Hamburg); W. Treu (München); U. Umbreit (Berlin); G. von Bollmar, M. d. L. (Soleis); G. Weiss, M. d. L. (Strasbourg); F. Weimer (München); U. Weismann (Freiburg); Ph. Weimer (München); M. Wicner (Breslau); A. Winnig (Hamburg); R. Wiffel (Berlin); G. Wolff (Breslau); J. Zabel (Berlin); G. Zeeb (Mains); Wally Zeppler (Berlin); G. Zwiffa (München).

Sie betrachte mit den Unterzeichnern dieser Erklärung und in voller Übereinstimmung mit ihren Ausführungen über das Verhältnis von wissenschaftlicher Forschung und praktischer Politik in der Sozialdemokratie den Ausschluß Gerhard Heidebrands aus der Partei als einen bedauerlichen Mißgriff und gebe mich mit ihnen der Erwartung hin, daß die Partei bei der ersten geeigneten Gelegenheit diesen Mißgriff wieder gut machen wird. Zugleich glaube ich aber auch der Gewißheit Ausdruck geben zu sollen, daß dieser Ausschlußbeschluss seinen wissenschaftlich arbeitenden Genossen veranlassen wird, im Fortschreiten nach dem, was ist, zu erklaren und im Bekennen des für richtig Erkannten zu erröthen.

Ed. Bernstein, M. d. L. (Berlin).

Diese Erklärung — die sich inhaltlich mit einem Beschlusse der Münchener Parteiversammlung zum Fall Heidebrand deckt — ist vollständig überflüssig und nur geeigneten neuen Stank in die Partei hineinzutragen. Der Parteitag hat sein Urteil gesprochen und damit haben sich alle Parteigenossen abzugeben. Selbstverständlich bleibt ihnen das Recht undgenommen, innerhalb ihres Wirkungsbereiches bei der Berichterstattung über den Parteitag ihren Standpunkt zu vertreten und auf eine diesbezügliche Entscheidung der betr. Parteiorganisation hinzuwirken. Was aber darüber hinausgeht, ist vom Übel. Wohin sollte es wohl führen, wenn nach jedem Parteitag eine Anzahl Genossen, denen dieser oder jener Beschluss nicht paßt — und solche wird es immer geben — mit Erklärungen gegen einen der Parteitagsschlüsse operieren würden? Wir erwarten, daß sich ein solcher bedauerlicher Vorgang innerhalb unserer Partei nicht wiederholt.

Von der Versammlungsfreiheit. Anlässlich der diesjährigen Waisfeier in Koniassee i. Th. hatte ein Genosse von der Veranda einer Waisfeste herab die Fehrede gehalten. Die Polizei betrachtete dies als eine Versammlung unter freiem Himmel, zu der Erlaubnis nötig war, und sandte dem Genossen ein Strafmandat in Höhe von 25 Mk. Die hiergegen eingelegte Berufung hatte den Erfolg, daß das Schöffengericht den Verurteilten kostenlos freisprach. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß, da die Veranda mit dem Saal und dem Garten in Verbindung stand, ein geschlossener Raum, also nicht eine Versammlung unter freiem Himmel in Frage komme. In seiner Begründung stützte sich das Gericht auf eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Jena, das in einem ähnlichen Fall ebenfalls auf Freisprechung erkannte.

Der christliche Gewerkschaftskongress kommt, der Papst macht in Versöhnungspolitik!

Der christliche Gehorsam, der durch den glatten Streikbruch im Ruhrbergarbeiterkampf von den „schwarzen“ Gewerkschaften ködner Richtung bewiesen worden war, ersich den ganz Ultramontanen gute Grundlage, besser Richter zum entschließenden Schlag gegen die interkonfessionelle christliche Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Unwidersprochen ist gebüht, daß Bethmann-Hollwegs Vorfstellungen vor der Reichstagswahl den Kammerrat des römischen Stuhles noch einmal zurückhielt, die rote Gefahr wurde zum leidenden Faden, der das Damoklesschwert hielt, es nicht herunterzulassen ließ. Mit der Rundgebung auf dem Kongress der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung, mit dem dort unter Jubelgeschreie aufgenommenen „Euch liebe ich, Euch billige ich, die anderen kann ich nicht gutheissen...“ war den christlichen Gewerkschaften der Erftensboden mit einem Knud unter den Füßen weggezogen. Entweder kirchengläubig bleiben und zu den katholischen Arbeitervereintlern gehen oder den natürlicheren Pfad zu den freien Gewerkschaften ansuchen, das war die Lösung des Konfliktes.

Die Leitung der christlichen Gewerkschaften berief sofort einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress ein, erzielte zum mindesten alle Vorarbeiten dafür, die alle jahresübergreifend erprobte päpstliche Diplomatie begann wieder ihr Spiel, keine seine winzige Konzessionen, die ausgelieft werden konnten, erzielten auf dem Plan — der außerordentlichen Gewerkschaftskongress wurde verschoben, im Oktober lau-

det ja der achte ordentliche christliche Gewerkschaftskongress statt, dort werden wir uns mit dem päpstlichen Votum auseinandersetzen.

Vom 6. Oktober an werden in Dresden die Führer der christlichen Gewerkschaften mit ihren Verbandsdelegierten zusammen kommen, um endgültig Stellung zu nehmen zur großen Konkurrenzfrage. Wirtschaftlich, vom Arbeiterstandpunkt aus betrachtet, sind die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften ohne weiteres wertvoller, fest gefügt, organisiertenständiger und englischer als die vom Reichstuhlführer zur Bestunde, und von der Krankenunterstützung zum Peterspfennig hin und her wankenden katholischen Fachvereintlern. Aber was nützt das alles, wenn die römische Macht und sein deutscher Stellvertreter, das Zentrum, nicht will!

Die „Zita“, das zentrumstümlich-römisch-offiziöse Korrespondenzbüro meldete vor einigen Tagen, daß der Papst eine die christlichen Gewerkschaften eingehend behandelnde Enzyklika an seine Bischöfe vorbereitet, sie werde entscheidend sein, da „der Papst eine definitiv entscheidende Formel gefunden habe.“ Nach aller Vorausicht wird diese Formel lauten: Breslau katholische Fachvereine — Köln christliche Gewerkschaften. Womit die „Partität“ wieder hergestellt wäre — überdies, wieder einmal, und im übrigen der alte Spektakel um päpstliche Segen, römische Telegramme, und erzbischöfliche Anerkennungen wieder von vorn beginnt. Ob sich die christlichen Gewerkschaftsführer, und mit ihnen ihr 8. Kongress, zu solcher Theaterpolitik hergibt, das wird das Entscheidende bei dieser ganzen Tagung werden. Dagegen verschwinden alle anderen Tagesordnungspunkte, wie „Staatsangehörigkeit“, „Arbeitsrecht“, „Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung“, „Schieds- und Einigungsstellen“ und „Wohnungsfrage“. Ebenso die zum Teil sehr interessanten Vorträge: „Volkserziehung“, „merkt du was?“ — „Jugendorganisation“, „Frauenbewegung“ usw. usw.

Daß die christlichen Gewerkschaften innerhalb der letzten vergangenen zwei Jahre tüchtig gewachsen sind — allerdings nicht im Vergleich zu den freien, sondern nur zu den katholischen Gewerkschaften — wird hoffentlich das Selbstbewußtsein und die Selbständigkeit der Delegierten des Kongresses heben. Es ist ja auch ein Unterschied, ob eine gefestigte Organisation, die 1911 6,2 Millionen Mark Einnahme und 5,3 Millionen Mark Ausgabe hatte, dazu 7 Millionen Mark Vermögen besitzt, vom katholisch-orthodoxen Leitteil freikommt, wiewohl oder vor dem Bankrott stehende katholische Fachvereine sich eben diesem Leitteil begeistert fügen lassen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streit der Papierarbeiter und Arbeiterinnen in Wärsleben. Die beschämend niedrigen Löhne der Papierwarenarbeiter in Wärsleben und das rücksichtslose Herrentum der Kommerzianten Besthorn haben zum Streit geführt, an dem über 300 Arbeiter und Arbeiterinnen sowie noch 300-400 Heimarbeiterinnen beteiligt sind. Dieser Streit ist geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie manche Herren Kommerzianten es lieben, sich als sozial denkende Unternehmer feiern zu lassen, so lange das ihnen weiter nichts kostet, als billige Redensarten, wie aber sofort das „soziale Empfinden“ in ein rücksichtsloses Herrentum umschlägt, das jede freie Regung der Arbeiter niederzuhalten und das Koalitionsrecht mit Füßen zu treten sucht, sofern nur die leise Gefahr besteht, daß der Profit geschmälert werden könnte. Da schonen vor einigen Jahren die Kommerzianten Besthorn der Stadt Wärsleben ein schönes Haus mit Theater, Bibliothek, Lesesaal, Sitzungszimmern und Restaurant, genannt das „Besthorn-Haus“. Die Herren stehen auch eine Festschrift herstellten, deren Text ein bekannter Gelehrter nach den Angaben der Herren Besthorn schrieb. Danach hat der Gründer der Firma Besthorn, der Vater der Herren Kommerzianten mit einem Kapital von 900 Talern angefangen, während die Söhne jetzt eine riesige Fabrikanlage mit mehreren Hundert der besten Maschinen ihr eigen nennen und etwa 1800 Leute beschäftigen. Die Herren Besthorn sind vielfache Millionäre geworden, die sich über ein Duzend Reit- und Kutschpferde halten; sie verdanken diesen ihren Reichtum nicht zuletzt dem unermüdeten Fleiß der Papierwarenarbeiter und Arbeiterinnen. Raum stellten diese aber durch ihre Organisation, den Buchbinderverband, sehr beschiedene Forderungen auf Verbesserung ihrer außerordentlich niedrigen Löhne, die bis auf 3,60 Mark pro Woche herunter gingen, da verfloß sofort das „soziale Empfinden“ der Herren Kommerzianten, da vergaß der Herr Stadtverordnungsmitglied und Kommerzienrat Otto Besthorn seine Wohnung bei der Einweihung des Besthorn-Hauses: „Allen Arbeitgebern möchte ich zurufen und ans Herz legen: Seht in Euren Arbeitern nicht Arbeitsmaschinen, sondern gleichberechtigte Menschen, die auch Herz und Gemüt haben und das selbe Recht auf Menschenwürde haben. Behandelt Eure Arbeiter nicht als Bürger zweiter Klasse, sondern als gleichberechtigte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft. Behandelt sie so, wie ihr an ihrer Stelle behandelt werden möchtet!“ Mit Wohlbehagen ließen sich die Herren Besthorn in der erwähnten Festschrift folgenden Lobeshymnus gefallen: „Neben dem Namen Ernst Abbe werden in Zukunft die Namen des Vaters und der zwei Söhne Besthorn als Bahnbrecher auf dem Gebiete der wertvollen sozialen Reformarbeit in Ehren genannt werden.“ Als nun die Forderungen der Papierwarenarbeiter nebst einem höflichen Begleitschreiben an die Herren Besthorn eingereicht wurden, da wollten die „Abbes von Wärsleben“ von einer Gleichberechtigung ihrer Arbeiter und einem Mitbestimmungsrecht dieser über die Arbeitsbedingungen nichts wissen. Ihre Antwort bestand darin, daß sie sofort mit Mahrgelungen begannen, die Vertreter der Arbeiter als Lügner und Schwindler bezeichneten, jede Verhandlung ablehnten und mit den steuergeldesten Mitteln die Arbeiter zum Rücktritt von ihrer Kündigung und zum Austritt aus dem Buchbinderverbande zu bestimmen suchten. Als der Verfasser der Besthorn-Festschrift auf dieses Gebaren der sonderbaren „Abbes“ aufmerksam gemacht wurde, lehnte er zwar als leicht begreiflichen Gründen ab, Partei zu ergreifen, erklärte aber ausdrücklich: „Ich finde die Löhne, die Sie angeben, beschämend niedrig, weiß aber nicht, ob die Konkurrenz wirklich eine Preissteigerung zuläßt.“ Damit sind die Besthorns gerichtet, denn die Konkurrenz zahlt weit höhere Löhne als sie. Fürwahr eine bittere Pille für die modernen „Abbes“ kommerziellen Genres, daß ihnen von wohlwollender Seite, von dem Verfasser ihrer Festschrift attestiert wird, die von ihnen gezahlten Löhne seien beschämend niedrig! Wir wiederholen hiermit die Bitte, die kämpfenden Papierwarenarbeiter Wärslebens durch Fernhaltung von Zugug, durch Einwirkung auf die Heimarbeiterinnen und durch Einflussnahme auf Konsumvereine und sonstige große Abnehmer der Papierwaren aus Wärsleben unterstützen zu wollen.

Streit der Bauarbeiter in Pögned. Seit drei Wochen streiken 250 Bauarbeiter, weil die Unternehmer sich weigern, den Stundenlohn um 5 Pfg. zu erhöhen. Als diese Woche eine Kolonne Arbeitswilliger aus Berlin eintraf und es bekannt wurde, daß die Unternehmer diesen Arbeitswilligen 80 Pfg. Stundenlohn zahlen, das doppelte von dem, was die einheitlichen Bauarbeiter fordern, geriet die Arbeiterkraft in große Erregung. Über 1000 Menschen sammelten sich beim Arbeitsbeginn der Arbeitswilligen an, wobei es jedoch zu keinerlei Ausschreitungen kam. Angesichts dieser Erregung hat die Baufirma Siegel & Schübe beschlossen, den Wiederaufbau ihrer Fabrik bis zum Frühjahr zu verschieben. Die Arbeitswilligen müssen nun die Stätte, an der sie eine so kurze Gastrolle spielten, wieder verlassen.

Streit in der Nähmaschinenfabrik von A. Knoch in Saalfeld. Am Donnerstag haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der ältesten deutschen Nähmaschinenfabrik Adolf Knoch, Aktiengesellschaft in Saalfeld i. Th. die Arbeit eingestellt. In der Fabrik herrscht noch die Methode, daß die Arbeiter jedes Stück Handwerkszeug, auch Öl, Licht, Putzzeug usw. aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Die Abschaffung dieser und anderer Mißstände ist von den Arbeitern schon mehrfach verlangt worden. Da die Direktion bei Verhandlungen kein Entgegenkommen zeigte, legten circa 300 Personen die Arbeit nieder; nur wenige Arbeitswillige sind im Betrieb.

Der Streit bei Moser-Roth in Stuttgart beendet. Der Ausstand in der Schokoladen- und Zuckwarenfabrik von Moser-Roth wurde am Dienstag beendet und die Arbeit am darauffolgenden Tage aufgenommen. Durch die Vermittlung des Regierungssassessors Dr. Franz wurde mit der Firma eine Vereinbarung getroffen, wonach den Arbeiterinnen über 18 Jahre bei der Einstellung ein Stundenlohn von 20 Pfennig und den volljährigen Arbeitern ein solcher von 20 Pfennig zugesprochen wurde. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher täglich eine 9½stündige, Sonnabends ist von 2 Uhr Arbeitslohn. In den Genuss der Erhöhung der Stundenlöhne kommen 134 Arbeiterinnen und fast sämtliche Arbeiter. Bislang verdienten die Arbeiter pro Woche durchschnittlich 20,70 Mk., die Arbeiterinnen bei intensiver Akkordarbeit 13,08 Mk.

Die skandinavischen Unternehmer rüsten. Es ist eine auffallende Tatsache, daß in allen drei skandinavischen Ländern die Unternehmer bei neu abzuschließenden Tarifen darauf bestehen, daß diese im Jahre 1916 ablaufen. Die im vorigen Jahre zustande gekommenen Tarife gelten fünf Jahre, die im laufenden Jahre abzuschließenden Tarife nur für vier Jahre und die 1913 abzuschließenden sollen nur eine dreijährige Gültigkeit haben. Gegen die fünfjährigen Tarife wehrten sich die Arbeiter bis zum äußersten, und beim Abschluß der diesjährigen Tarife auf die Dauer von vier Jahren, welche ebenfalls nach dem Willen der Arbeitgeber für diesen Zeitraum festgelegt wurden, machten

verbund einen festen Tarifvertrag mit bestimmter Gültigkeitsfrist für das gesamte Lithographie- und Steinbruggewerbe zu schaffen, wie ein solcher im Buchdruckgewerbe schon seit vielen Jahren besteht, trotzdem eine ganze Anzahl Prinzipale des Steinbrug- und Lithographiegewerbes zugleich der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker angehören! — Der Verband der Lithographen und Steinbrucker steht aber schon immer auf dem Boden fester tariflicher Vereinbarungen mit Zeitdauer, er ist Tarifkontrahent der Zentraltarife für das Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe, für das Lichtdruck- und für das Formstechergewerbe; und er hat auch schon mit zahlreichen Betrieben des Lithographie- und Steinbruggewerbes, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, feste Tarifverträge mit längerer Zeitdauer abgeschlossen. In mehreren Fällen erstreckten sich diese sogar auf alle Betriebe bestimmter Orte oder Bezirke. In der letzten Zeit sind nun wieder eine ganze Reihe fester Tarifverträge auf bestimmte Zeiten abgeschlossen worden, die ungefähr dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalten, wie die mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen losen Vereinbarungen: Arbeitszeit für Lithographen 48 Stunden, für Steinbrucker 58 Stunden wöchentlich; Mindestlohn nach 4jähriger Lehrzeit im ersten Gehilfenjahre, nach den örtlichen Verhältnissen steigend, jedoch nicht unter 20,50 Mk. pro Woche. Lehrfingskala: auf 1-3 und von da ab auf 1-4 Steinbrucker, auf 1-4 und von da ab auf 1-5 Lithographen kann je ein Lehrling ausgebildet werden. Uebersundenzuschlag wochentags 25 und Sonntags 50 Prozent; Bezahlung der Feiertage und einer Extratschädigung für Bionzierarbeiten von 50 Pfg. täglich; Lieferung des Verbrauchsmaterials, Entschädigung aus § 616 des B. G. B. bei Erfüllung der staatlichen und kommunalen Pflichten bis zu drei Stunden; den im Akkord arbeitenden Gehilfen wird eine solche von 50 Pfg. pro Stunde bezahlt. Solche Tarife wurden mit einzelnen Firmen in Berlin, Esslingen, Göppingen, Hechingen, Biersen, Wadkirch, Zuffenhausen und Darmstadt abgeschlossen. Alle diese Bewegungen verliefen wieder ohne Kampf. In einer Bekanntmachung vom 17. Mai ds. Js. berichtete bereits der Verband der Lithographen und Steinbrucker in der „Graphischen Presse“ über eine Reihe abgeschlossener Tarife, durch die in 14 Orten mit 85 Firmen für rund 400 Lithographen- und Steinbruckergehilfen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich auf längere Zeit festgelegt wurden. Auch diese Bewegungen fanden ohne Kampf statt. Bemerkenswert sei noch besonders, daß es in allen hier berichteten Fällen sich um Unternehmer handelt, die dem Arbeitgeberverband Deutscher Steinbruckermeister nicht angehören. Dieser ist bekanntlich Gegner von Tarifverträgen.

Die Streikjustiz vor Gericht. Ein sehr wichtiger Prozeß wird am Sonnabend, den 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr vor der Strafkammer des Essener Landgerichts verhandelt werden. Die Richter der Essener Strafkammer fühlen sich beleidigt durch eine Rede des Rechtsanwalts Dr. Levy in Essen, die dieser nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks in einer öffentlichen Versammlung in Essen gehalten hat. Mitangeklagt sind der Genosse Neumann als Verantwortlicher der Essener „Arbeiterzeitung“ und Redakteur Schoret vom „Allgemeinen Beobachter“ in Essen, die beide über die Rede berichtet haben. Dr. Levy hat nach den beiden Berichten, die übrigens mit den Notizen der überwachenden Kriminalbeamten im wesentlichen übereinstimmen sollen, auf die Fülle aufsehenerregender Tatsachen aus den Verfahren in Strafkammern wie auf die als sehr hart empfundenen Urteile der Strafkammern hingewiesen und daraus gefolgert, daß die unbefangene Öffentlichkeit den Eindruck der Klassenjustiz zu empfangen habe. Wenn man wieder eine verstärkte Anruhe herbeiführen wolle, dann könne man es nicht besser machen, als durch die Streikurteile. Der weiße Schreden werde das Gegenteil von dem erreichen, was er erreichen wolle. Wegen dieser Äußerungen ist Strafanktrag gestellt worden. Da es zweifellos sich um die Behauptung von Tatsachen handelt, so wird das Gericht nicht um eine sehr eingehende Beweisführung herumkommen, der Tausende Geschworne zugrunde gelegt werden können. Nicht nur das Verhalten der Justiz und Polizei, sondern auch das der Streikuchschreien, die einen förmlichen Denunziationsdienst eingerichtet hatten, und der Zechenverwaltungen dürfte beleuchtet werden. Wenn in der Arbeiterklasse abermals die Empörung geweckt wird, die nach dem Streik so gewaltigen Widerhall fand, so ist es die Schuld jener, die sich durch den heute nicht mehr gut fasslich zu deutenden Hinweis auf die Klassenjustiz beleidigt fühlen.

Streit in der Nähmaschinenfabrik von A. Knoch in Saalfeld. Am Donnerstag haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der ältesten deutschen Nähmaschinenfabrik Adolf Knoch, Aktiengesellschaft in Saalfeld i. Th. die Arbeit eingestellt. In der Fabrik herrscht noch die Methode, daß die Arbeiter jedes Stück Handwerkszeug, auch Öl, Licht, Putzzeug usw. aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Die Abschaffung dieser und anderer Mißstände ist von den Arbeitern schon mehrfach verlangt worden. Da die Direktion bei Verhandlungen kein Entgegenkommen zeigte, legten circa 300 Personen die Arbeit nieder; nur wenige Arbeitswillige sind im Betrieb.

Der Streit bei Moser-Roth in Stuttgart beendet. Der Ausstand in der Schokoladen- und Zuckwarenfabrik von Moser-Roth wurde am Dienstag beendet und die Arbeit am darauffolgenden Tage aufgenommen. Durch die Vermittlung des Regierungssassessors Dr. Franz wurde mit der Firma eine Vereinbarung getroffen, wonach den Arbeiterinnen über 18 Jahre bei der Einstellung ein Stundenlohn von 20 Pfennig und den volljährigen Arbeitern ein solcher von 20 Pfennig zugesprochen wurde. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher täglich eine 9½stündige, Sonnabends ist von 2 Uhr Arbeitslohn. In den Genuss der Erhöhung der Stundenlöhne kommen 134 Arbeiterinnen und fast sämtliche Arbeiter. Bislang verdienten die Arbeiter pro Woche durchschnittlich 20,70 Mk., die Arbeiterinnen bei intensiver Akkordarbeit 13,08 Mk.

Die skandinavischen Unternehmer rüsten. Es ist eine auffallende Tatsache, daß in allen drei skandinavischen Ländern die Unternehmer bei neu abzuschließenden Tarifen darauf bestehen, daß diese im Jahre 1916 ablaufen. Die im vorigen Jahre zustande gekommenen Tarife gelten fünf Jahre, die im laufenden Jahre abzuschließenden Tarife nur für vier Jahre und die 1913 abzuschließenden sollen nur eine dreijährige Gültigkeit haben. Gegen die fünfjährigen Tarife wehrten sich die Arbeiter bis zum äußersten, und beim Abschluß der diesjährigen Tarife auf die Dauer von vier Jahren, welche ebenfalls nach dem Willen der Arbeitgeber für diesen Zeitraum festgelegt wurden, machten

verbund einen festen Tarifvertrag mit bestimmter Gültigkeitsfrist für das gesamte Lithographie- und Steinbruggewerbe zu schaffen, wie ein solcher im Buchdruckgewerbe schon seit vielen Jahren besteht, trotzdem eine ganze Anzahl Prinzipale des Steinbrug- und Lithographiegewerbes zugleich der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker angehören! — Der Verband der Lithographen und Steinbrucker steht aber schon immer auf dem Boden fester tariflicher Vereinbarungen mit Zeitdauer, er ist Tarifkontrahent der Zentraltarife für das Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe, für das Lichtdruck- und für das Formstechergewerbe; und er hat auch schon mit zahlreichen Betrieben des Lithographie- und Steinbruggewerbes, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, feste Tarifverträge mit längerer Zeitdauer abgeschlossen. In mehreren Fällen erstreckten sich diese sogar auf alle Betriebe bestimmter Orte oder Bezirke. In der letzten Zeit sind nun wieder eine ganze Reihe fester Tarifverträge auf bestimmte Zeiten abgeschlossen worden, die ungefähr dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalten, wie die mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen losen Vereinbarungen: Arbeitszeit für Lithographen 48 Stunden, für Steinbrucker 58 Stunden wöchentlich; Mindestlohn nach 4jähriger Lehrzeit im ersten Gehilfenjahre, nach den örtlichen Verhältnissen steigend, jedoch nicht unter 20,50 Mk. pro Woche. Lehrfingskala: auf 1-3 und von da ab auf 1-4 Steinbrucker, auf 1-4 und von da ab auf 1-5 Lithographen kann je ein Lehrling ausgebildet werden. Uebersundenzuschlag wochentags 25 und Sonntags 50 Prozent; Bezahlung der Feiertage und einer Extratschädigung für Bionzierarbeiten von 50 Pfg. täglich; Lieferung des Verbrauchsmaterials, Entschädigung aus § 616 des B. G. B. bei Erfüllung der staatlichen und kommunalen Pflichten bis zu drei Stunden; den im Akkord arbeitenden Gehilfen wird eine solche von 50 Pfg. pro Stunde bezahlt. Solche Tarife wurden mit einzelnen Firmen in Berlin, Esslingen, Göppingen, Hechingen, Biersen, Wadkirch, Zuffenhausen und Darmstadt abgeschlossen. Alle diese Bewegungen verliefen wieder ohne Kampf. In einer Bekanntmachung vom 17. Mai ds. Js. berichtete bereits der Verband der Lithographen und Steinbrucker in der „Graphischen Presse“ über eine Reihe abgeschlossener Tarife, durch die in 14 Orten mit 85 Firmen für rund 400 Lithographen- und Steinbruckergehilfen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich auf längere Zeit festgelegt wurden. Auch diese Bewegungen fanden ohne Kampf statt. Bemerkenswert sei noch besonders, daß es in allen hier berichteten Fällen sich um Unternehmer handelt, die dem Arbeitgeberverband Deutscher Steinbruckermeister nicht angehören. Dieser ist bekanntlich Gegner von Tarifverträgen.

Arbeiter auf diesen Widerstand der Leitung des Arbeitgeberverbandes aufmerksam, aber man drückte sich auf jener Seite um eine klare Antwort herum. Der wirkliche Grund zu dieser anscheinend inkonsequenten Haltung der Leitung des Arbeitgeberverbandes ist jedoch der, daß man im Jahre 1918 einen allgemeinen Schlag gegen die Organisationen der Arbeiter in ganz Skandinavien plant. Um nun diesen Schlag so gründlich wie möglich führen zu können, haben die Arbeitgeberorganisationen der drei in Betracht kommenden Länder dieser Tage beschlossene, Extrasbeiträge zu erheben zur Errichtung einer Versicherung gegen Streiks und Aussperrungen. Danach soll jedes Mitglied der Arbeitgeberverbände jährlich 1/2 Prozent des im vorhergehenden Jahre bezahlten Lohnes an diesen Versicherungs-fond entrichten, jedoch nicht unter fünf Kronen. Außerdem sollen neu eintretende Mitglieder ein Prozent des ausgezahlten Lohnes als Eintrittsgeld an diese Kasse leisten; und „wenn die Verhältnisse es notwendig machen“, soll ein wöchentliches Extra beitra in der Höhe von ein pro Mille des Jahreslohnes den Mitgliedern auferlegt werden. Aus diesem Fond soll dann allen von einem Streik betroffenen oder an einer Aussperrung beteiligten Mitgliedern eine tägliche Unterstützung bezahlt werden und zwar in der Höhe eines Viertels des bezahlten Arbeitslohnes in derselben Zeit des letzten Jahres. Diese Leistungen des geeinigten Unternehmeriums müssen in ganz kurzer Zeit riesige Kapitalien ansammeln, und da man weiter ausgerechnet hat, daß die gegenwärtige gute Konjunktur bis zum Jahre 1918 in Rückgang sich befinden wird, so hofft man in den leitenden Arbeitgeberkreisen, mit Hilfe der eingetretenen wirtschaftlichen Depression auf der einen und der gut gefüllten Kassen auf der andern Seite einen vernichtenden Schlag gegen die Arbeiter Skandinaviens und deren Organisationen führen zu können. Noch eine dritte Tatsache deutet auf ein Können der Arbeitgeber zu einem endgültigen Schläge hin. Noch vor einem Jahre war die Laktik der Arbeitgeberorganisationen, jedem, auch dem kleinsten partiellen Streit mit bombastischen Drohungen der Aussperrung von Tausenden von Arbeitern zu begegnen. Und die Drohungen wurden recht oft in die Tat umgesetzt. Nun aber verhalten sich die Arbeitgeber völlig ruhig, trotzdem in allen drei Ländern es an partiellen Streiks nicht fehlt und fast wöchentlich neue ausbrechen. Die Organisationen der Unternehmer gebärden sich, als ob sie von diesen Vorgängen nicht das geringste merkten. In Wirklichkeit aber ist das die Ruhe vor dem Sturm, es scheint sogar, als ob man in den Kreisen der Arbeitgeberführer solche kleine Konflikte gar nicht ungern sieht, in der stillen Hoffnung, daß dadurch die Kassen der Arbeitgeberorganisationen geschwächt und für den Widerstand in dem geplanten entscheidenden Kampfe machtlos werden. Es ist dies eine schlaue Politik des auf ganze gehenden Gegners. Unter solchen Umständen ist natürlich vor allen Dingen die Einigkeit der organisierten Arbeiter unter sich deren heiligste Pflicht. Aber wie steht es damit in Skandinavien? In Schweden stehen etwa 23000 und in Dänemark ebensoviel organisierte Arbeiter außerhalb der Gesamtverbände der Gewerkschaften dieser Länder, in Norwegen dagegen ist deren Zahl verschwindend klein. Unter den oben geschilderten Verhältnissen sollte man meinen, daß die organisierten Arbeiter sich an der Einigkeit der Unternehmer ein Beispiel nehmen sollten und dem eng zusammengeschlossenen Unternehmerium eine mindestens ebenso fest zusammengeschlossene Arbeitererschaft entgegenstellen. Bei dem in Aussicht stehenden Kienkampf müssen alle Einzelinteressen einiger Arbeiterverbände zurücktreten. Der Glaube, die Interessen des eigenen Berufes und seiner Mitglieder litten unter der Führung durch den Gesamtverband der Gewerkschaften, ist bei einem Ausbruch eines allgemeinen Kampfes, wie er in Aussicht steht, gegenstandslos, in solchen Fällen kann nur die volle Einigkeit aller bestehen. Auch der Ausbau der einzelnen Organisationen kann dadurch besser betrieben werden und dies ganz besonders in kleinen Ländern. Von den 530000 organisierten schwedischen Arbeitern stehen etwas mehr als 100000 in den verschiedenen Verbänden, von den 244000 dänischen Arbeitern sind 125000 organisiert und in Norwegen sind es von 195000 rund 60000. Über eine Million Land- und Waldarbeiter, deren Organisation natürlich noch sehr zurück ist, sind dabei nicht mitgerechnet. Also, alles in allem haben die skandinavischen Arbeiter, wenn sie den ihnen drohenden Kienkampf mit Erfolg bestehen oder ihn gar verhindern wollen, noch viel zu tun. Noch ist es Zeit, sich dazu zu rüsten, mögen sie daher die Zeit nützen!

Das Ende des spanischen Eisenbahnstreiks. Nachdem der Ministerpräsident der Streitleitung versprochen hat, daß die Regierung in der Kammer für eine Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten werde, ist der Streik für beendet erklärt worden.

Soziales.

Anfechtung gegen das Versicherungs-gesetz. Von der freien Vereinigung für die Wahlen zum Versicherungs-gesetz für Angehörige geht uns folgende Nachricht zu: Die Feiser Maschinenfabrik unterlagte zwei Ingenieuren die Annahme einer Kandidatur für die Vertrauensmännerwahlen zur Angehörigenversicherung. Es ist dies der erste Fall, daß eine Firma ihren Angestellten die Ausübung eines für die Durchführung des Versicherungs-gesetzes notwendigen Ehren-amtes verbietet. Die Firma scheint nicht zu wissen, daß sie sich damit nach §§ 345 und 346 des Versicherungs-gesetzes für Angestellte strafbar macht. Hoffentlich macht die Staats-anwaltschaft ihr das bald klar.

Aus der Jugendbewegung.

Der Kampf um die Arbeiterjugend. In Krefeld ist gegenwärtig der deutsche Fortbildungsschulung versammelt.

Im Freitag nachmittag entließ nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, meiner Kinder guter Vater

August Rullmann
im 41. Lebensjahre.
Dies betrübt uns sehr, seinen Kindern und Angehörigen.

Magdalene Rullmann,
geb. Rockstein.
Die Trauerfeier beginnt am Dienstag, 2 1/2 Uhr, in der Kapelle des Bornorter Friedhofes. (3933)

Sage allen auf der Welt im Namen des auf dem Platz der schmerzlichen Arbeiter den besten Dank für die mit Anteil gewordene Unterstützung. (3974)

J. Oldorp.

Sozialdemokratischer Verein

Am Sonnabend verstarb unser Mitglied der Brauereiarbeiter

August Rullmann,
Al. Burgstr. 31/2
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstag, den 8. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Bornorter Friedhof statt.

Die Genossen sammeln sich 2 1/2 Uhr im „Weissen Hirsch“, Krempele-dorfer Allee. (3991)

Der Vorstand.

Zum 1. Januar eine 3-Stuben-Wohnung mit Stallung u. Garten-land zu vermieten. Preis 150 Mk. (3973)

Zodenburg 87.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. v. Ber.

Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am 4. Oktober starb unser Mitglied

August Rullmann.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, d. 8. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Bornorter Friedhof statt.

Die Mitglieder versammeln sich um 2 Uhr im „Weissen Hirsch“.

Um zahlreichere Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Heute früh 3 Uhr entschlief sanft und ruhig nach langem schwerem Leiden in seinem 33. Lebensjahre, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel.

Jakob Meier.

In tiefster Trauer
Jakob Meier u. Frau,
geb. Hinz u. Familie.
Lübeck, Warendorferstr. 19a.
Beerdigung Donnerstag, Beginn der Feierlichkeiten 2 1/2 Uhr in der Kapelle des Bornorter Friedhofes. (3934)

Gesucht von ruhig. Eheleuten m. 1. Kind u. 2-Zimmer-Wohnung in d. Nähe. Pr. 190 b. 190 Mk. Ang. u. O P a. d. Exp.

Zum 1. Januar zu verm. freundl.

Zwei-Stuben-Wohnung.
Näh. Chalostrasse 18, pt., vorne.
Gesucht zu sofort 2 Näherinnen. (3971) Buletistr. 4a.

Grüne Klassenmütze
(Mittelschule) Gr. 51, ganz neu, f. 2 Mk. zu verk. (3988) Poststr. 7, II.

Eine grüne Samtjacke und ein Boa, passend für 12jähr. Mädchen, zu verkaufen. (3939) Königstrasse 81, part.

Dr. Winkelmann
Stockelsdorf
bis Ende Oktober verreist.

Voramt ging die Hauptversammlung des Deutschen Vereines für das Fortbildungsschulwesen. Die Vorbereitung dieser Versammlung beschäftigte sich zum großen Teil mit dem ungenügenden Absatz der Zeitschrift „Feierabend“, die für die Fortbildungsschüler bestimmt ist. Es wurde hervorgehoben, daß trotz aller Bemühungen die Fortbildungsschüler die Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ bevorzugen. Die Schuld daran wurde — der schlechten Ausstattung und dem schlechten Papier des „Feierabend“ zugeschrieben, und man will deshalb dieses Blatt besser ausgestatten. Ob man damit den angestrebten Zweck erreichen wird, ist eine andere Frage. — Auf dem Schultag ist auch die preussische Regierung vertreten. Das Referat des Generalfeldmarschalls Freiherrn v. d. Goltz über die körperliche Erziehung der Jugend bildet das Hauptthema. Er forderte die allgemeine Pflichtfortbildungsschule für Knaben und Mädchen und den obligatorischen Turnunterricht. — Ein Vertreter der Künstler, der Obermeister Tigge aus Köln, protestierte heftig dagegen, daß etwa durch den obligatorischen Turnunterricht, so nützlich dieser auch sei, die Arbeitszeit der Lehrlinge für die Handwerksmeister noch weiter eingeschränkt werde. Er beantragte auch eine dementsprechende Resolution, die schließlich als Erklärung der Handwerksvertreter zur Kenntnis genommen wurde, obgleich der Geheimere Oberregierungsrat Dr. Seefeld vom Handelsministerium um ihre Milderung gebeten hatte. — In der Debatte berichtete Oberbürgermeister Dominikus-Schöneberg über die günstigen Erfahrungen mit einem in Schöneberg gemachten Versuch, den obligatorischen Turnunterricht für alle Fortbildungsschulen Schönebergs eingeführt werden soll.

Aus dem Gerichtssaal.

Weit davon ist gut vorm Schuß. Vor dem Warshauer Appellgericht sollte gegen den der Spionage in Rußland angeklagten deutschen Artillerieleutnant Dahm verhandelt werden. Dahm wurde seinerzeit als Austauschspion, gleich dem in Berlin gefassten russischen Hauptmann Kollwitzsch gegen 30000 Mark Kaution freigelassen; er war natürlich nicht zu dem Termin in Warschau erschienen. Der Verteidiger Dahms präsentierte ein ärztliches Zeugnis, wonach der Angeklagte krank ist. Der Termin wurde auf den 31. Oktober vertagt. Die Anklage stützt sich auf die Artikel 49 und 111 des neuen russischen Strafgesetzes, die als Strafe fünfzehn Jahre Zwangsarbeit vorsehen. Dahm wir gut tun, noch recht lange krank zu bleiben.

Weshalb der Herr Sekretär so oft zur Toilette ging. In den Drängen auf der Straße von Halle nach Magdeburg wurden in letzter Zeit in den Toiletten aus den Automatenkasten wiederholt Seifenstücke entwendet. Man legte sich auf die Lauer, bemerkte, daß ein „besserer Herr“ außergewöhnlich oft die geheimen Oertchen aufsuchte, und entdeckte eines Tages als Täter — den königlichen Militärbausekretär Paul Brüggert von der Intendantur in Magdeburg. Auf Befragen, wie er denn dazu komme, die Seife zu nehmen, entgegnete er: „Weil die Seife so schön schäumt, glaubte ich, mir ein Stück mitnehmen zu können“; sie eignet sich sehr gut zum Händewaschen und Rasieren.“ Bei einer sofort vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden in der Wohnung Brüggerts aber nicht weniger als 32 Pfund solcher Seifenstücke beschlagnahmt. B. erhielt vor dem Schöffengericht in Halle eine Anklage wegen Entwendung von Gegenständen von geringem Wert zu alsbaldigem Gebrauch in der Hauswirtschaft. Die neue Strafgesetznovelle läßt in solchen Diebstahlsfällen Geldstrafe zu und der Anwalt beantragte die Höchststrafe von 150 Mk. mit dem Hinweis, der Angeklagte habe sich enorm strafbar gemacht, da er als Beamter selbst fiskalisches Eigentum zu schätzen hatte. Da der Angeklagte aber bei seinen zahlreichen Reisen nach seinen eigenen Angaben an einem Tage mitunter bis 10 Stück Seife entwendete hatte, nahm das Gericht gewöhnlichen Diebstahl als vorliegend an und verhängte eine Gefängnisstrafe von drei Tagen. Nach dem Annehmen des Seifenvorrats hätte von einem alsbaldigen Gebrauch nach der neuen Strafgesetznovelle keine Rede sein können. Jedoch soll der siebenundvierzigjährige Angeklagte der bedingten Begnadigung empfohlen werden.

Aus Nah und Fern.

Raubmord. In der Nacht zum Sonntag drangen in Berlin Eindringler in den Kontorraum der Delikatess- und Weinhandlung von Paul Klose, ermordeten den dort schlafenden 14-jährigen Lehrling Wilhelm Scholz, der erst vor drei Tagen in die Lehre getreten war, erbrachen den Geldschrank und entwendeten 500 Mk. Die Raubmörder sind un-erkannt entkommen.

Verurteilter Bankbeamter. In dem Prozeß gegen den Bankbeamten Klopisch in Berlin wegen der großen Effekten-diebstähle bei dem Schaaffhausenschen Bankverein erkannte der Gerichtshof auf vier Jahre Gefängnis und Ehrverlust von gleicher Dauer.

Ein Betrüger von einem Berliner Schützen er-schossen. Der Jagomische Schießplatz hat wieder ein Opfer geordert: Der betrunkene Kutscher Thiele wurde, wie schon kurz gemeldet, Freitagabend von dem Schützenmann Hartmann erschossen. Der 22 Jahre alte Kutscher Thiele, der in der Gastwirtschaft von Behrendt eine Zeche von 250 Mark gemacht hatte, konnte die Zeche nicht bezahlen. Als der Schützenmann ihn feststellen wollte und ihn aufforderte, mit nach der Wache zu kommen, befand sich der Kutscher bereits in ange-heiterem Zustand; er widersetzte sich dem Beamten. Der Schützenmann versuchte, ihm einen Knebel anzulegen, aber Thiele zerriß den Knebel. Auf der Straße setzte der Kutscher seinen Widerstand fort. Nach dem amtlichen Bericht hat der Schützenmann auf Thiele geschossen, weil dieser mit einem blanken Gegenstande in der hochgehobenen rechten Hand gegen ihn losging. Was dieser blanker Gegenstand gewesen sein

sol, das weiß man nicht mehr. Bei Thiele ist weder ein Messer, noch ein Revolver gefunden worden, ebenso wenig auf dem Kampfplatze, wo man ihn unbedingt hätte finden müssen. Aber selbst wenn es ein Messer gewesen wäre, dann hätte keine bringende Gefahr für den Schützenmann vorgelegen, denn Thiele war ja gar nicht in der Lage, das Taschenmesser zu öffnen, da ihm der linke Arm festgehalten wurde. Bisher hatte immer der Säbel vollständig genügt, und in diesem Falle hätte es nicht einmal des Säbels bedurft, um den Kutscher zu überwältigen. Wenige Sekunden, nachdem der tödliche Schuß gefallen, kam schon ein zweiter Beamter dem Schützenmann zu Hilfe. Wäre mit dem Schießen gewartet worden, hätte man den betrunkenen Kutscher ohne Waffengewalt leicht zum Revier bringen können. Wird sich nun die Staatsanwaltschaft des schließlichen Schützenmannes annehmen?

Während eines ehelichen Streites verlegte in Berlin die Frau des Friseurs Hübler in der Lohringer Straße 99 ihren Mann mit einem Küchenmesser so schwer in der Herz-gegend, daß er bald darauf im Krankenhaus starb.

Der Winter naht. Von der Schneekoppe wird gemeldet, daß Sonnabend 10,2 Grad Kälte herrschten. In Kassel wurden 2 Grad Kälte, in Marburg, Oberhessen 3 und Wickenhausen sogar 4 Grad beobachtet. Auf den höchsten heftigen Bergen herrschte starkes Schneegefälle, der Schnee ist teilweise liegen geblieben.

Das Unglück auf dem Bahnhof von Alicante. Das Unglück, das sich, wie schon kurz berichtet, auf dem Bahnhof von Alicante dadurch ereignete, daß eine Lokomotive in den Wartesaal fuhr, ist größer, als es anfangs schien. Es wurden neun Personen getötet, zwei un-dzwanzig schwer und etwa hundert leicht verletzt. Die Lokomotive mußte mit Ketten hochgehoben werden, um die unter ihr liegenden Leichen bergen zu können. Man glaubt, daß das Unglück darauf zurückzuführen ist, daß die Strecke vor dem Bahnhof sehr abschüssig ist, und die Bremsen die erlangte Geschwindigkeit nicht zu vermindern vermochten.

Fliegertod. Der Aviatiker Ernst Alig, der gestern nachmittag mit seinem Monteur auf einem Röhlsstein-Eindecker in Johannisthal aufgestiegen war, ist in der Nähe der großen Ballonhalle aus zweihundert Meter Höhe abgestürzt. Der Absturz wurde durch den Bruch eines Flü-gels verursacht. Als der Apparat etwa fünfzig Meter gefallen war, flog einer der beiden Flieger in weitem Bogen aus dem Apparat. Beide Flieger sind tot.

Zur „Titanic“-Katastrophe. Das amerikanische Bundes-gericht setzte den von der White Star Line aus Anlaß der „Titanic“-Katastrophe zu leistenden Schadenersatz auf 96000 Dollars fest. Die der Gesellschaft geltend gemachten Forderungen betrafen sich auf über eine Million Dollars.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Der Liebe Augustin, Operette in 3 Akten von Leo Fall. Die geringen Erwartungen, mit denen man jedesmal in eine neue Operettenaufführung geht, wurden auch gestern Abend bei der Lübecker Premiere des „Lieben Augustin“ in keiner Weise angenehm enttäuscht. Wer nach der „Dollarprinzessin“ noch geglaubt hatte, in Leo Fall sei ein Komponist erstanden, der berufen wäre, der niedergehenden Operette neuen Glanz zu geben, der wird nunmehr für immer und gründlich von seinem frevel-haften Optimismus kurirt sein. Herr Fall versteht sich aber auf den Geschmack der Mehrheit der Theaterbesucher. Die zahlreichen „Schlager“, alias Gassenhauer, welche den „Lieben Augustin“ bei einem gewissen Publikum populär machen, beweisen das. Geschäft ist eben Geschäft. Und echte Kunst bringt heutzutage wenig Günst. Obendrein sind wirkliche Künstler so selten.

Die Fabel der Operette „Der liebe Augustin“ ist kurz folgende: Zwei junge Mädchen, Milchschwestern, von denen die eine Prinzessin, die andere die Tochter eines Kammer-dieners ist, sind gleich nach ihrer Geburt verwechselt worden, ohne daß es jemand bemerkte. Sie wachsen heran, und als es schließlich zur Hochzeit kommen soll, da neigt sich das Herz der angeblichen Prinzessin, dem Klavierlehrer Augustin zu, während Anna, die vermeintliche Tochter des Kammer-dieners, für das „Höhere“, nämlich einen reichen Fürsten, schwärmt, obwohl die Paarung gerade entgegengesetzt vorge-nommen werden soll. Schließlich sorgt ein Vitor-fabrikantender Vater, der eigens zu diesem Zweck dem Publikum vorgeführt wird, dafür, daß die Geschichte von der Ver-wechslung ans Tageslicht kommt. Was zur Folge hat, daß am Ende jeder Kopf den richtigen Deckel erhält.

Ebenso wenig aufregend wie diese Handlung, ebenso wenig originell oder anziehend ist die Musik. Deshalb gefiel sie auch gestern so sehr. So heftig ist selten in unserm Theater getratscht worden, als gestern beim „Lieben Augustin“. Fast jeder „Schlager“ mußte wiederholt werden. Für ein-faches Entree hatte man auf diese Weise beinahe zwei Auf-führungen.

Von den mitwirkenden Künstlern zeichneten sich beson-ders Frä. K en n e r als die zu „Höherem“ geborene Anna, sowie namentlich Herr Heydeck er aus, der den alten Kammerdiener mit seinen charakteristischen Zügen aus-stattete. Ganz famos und überaus wirkungsvoll gab Herr Paul den verliebten, geizigen Fürsten. Auch die Herren W i c h n e r (Regent) und S c h o r n (Augustin) boten in ihrer Art Tüchtiges. Fräulein H e l d machte als Pseudoprinzessin zwar eine gute Figur; aber ihrem Gesang fehlte noch die rechte Kultur. Die szenische Ausstattung und die Ausstattung waren reich und farbenprächtig. Herr Dr. H a r z e m bewährte sich als tüchtiger Dirigent, der auch dem Minderwertigen eine sorg-fältige Ausführung zuteil werden läßt. Wenn der Beifall maßgebend wäre, dann bedeutete „Der liebe Augustin“ einen vollen Erfolg für unsere Bühne.

P. L.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: F. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.